



Nr. 163 | 26.04.2024

Zentralasien-Analysen

Zentralasien und der Nahostkonflikt

■ ANALYSE

Die Haltung der zentralasiatischen Staaten und Gesellschaften zum Krieg in Israel und Gaza. Ein Blick auf die diplomatischen, geopolitischen und sozialen Implikationen 2
Andrei Kazantsev-Vaisman (Bar-Ilan University, Tel Aviv)

■ DOKUMENTATION

Ran Ichay über das vormalig sowjetische Zentralasien und den palästinensisch-israelischen Konflikt 8
Marilyn Stern (Middle East Forum, Philadelphia)

■ UMFragen

Die Haltung der Bevölkerung Kirgistans zum palästinensisch-israelischen Konflikt 9

■ CHRONIK

04. Februar – 31. März 2024 10
Kasachstan 10
Kirgistan 16
Tadschikistan 20
Turkmenistan 23
Usbekistan 26

Die Haltung der zentralasiatischen Staaten und Gesellschaften zum Krieg in Israel und Gaza. Ein Blick auf die diplomatischen, geopolitischen und sozialen Implikationen

Andrei Kazantsev-Vaisman (Bar-Ilan University, Tel Aviv)

DOI: 10.31205/ZA.163.01

Zusammenfassung

Der Überfall der islamistischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat eine internationale Schockwelle ausgelöst, die weit über den Nahen Osten hinausging und auch Zentralasien erfasst hat. Der Beitrag untersucht die diplomatischen Herausforderungen, mit denen die zentralasiatischen Staaten seit dem Beginn des Israel-Hamas-Kriegs konfrontiert sind. Trotz der propalästinensischen Einstellung ihrer Bevölkerungen setzen die zentralasiatischen Regierungen im Nahostkonflikt auf eine ausgewogene Positionierung zwischen Neutralität und Pragmatismus. Internationale Foren bieten den zentralasiatischen Staaten eine Möglichkeit, sich formal in den globalen antiisraelischen Konsens zu integrieren und gleichzeitig von der radikalen Pro-Hamas-Propaganda von Akteuren wie Iran und Türkei abzugrenzen. Vor allem Kasachstan und Usbekistan messen der bilateralen Zusammenarbeit mit Israel hohe Relevanz bei, wobei der Ausbau der Beziehungen von wirtschaftlichen Interessen und dem Streben nach multivektoraler Ausgeglichenheit geprägt ist. Angesichts propalästinensischer Aktivitäten seitens der Öffentlichkeit versuchen die zentralasiatischen Regierungen ihre neutrale Distanz im Israel-Hamas-Krieg zu wahren und eindeutig antisemitische Handlungen in der Öffentlichkeit zu unterdrücken.

Der Israel-Hamas-Krieg als diplomatische Herausforderung für die zentralasiatischen Staaten

Der von maßloser Brutalität gekennzeichnete Terrorangriff der islamistischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat in Westasien eine diplomatische Krise ausgelöst, die bis heute anhält und der sich kaum ein Land auf der Welt entziehen konnte. Die durch den Überfall aus dem Gazastreifen induzierte Eskalation ist selbst für den jahrzehntealten Nahostkonflikt beispiellos, was auch daran erkennbar ist, dass sich Staaten, die in dem Konflikt bisher kaum diplomatisch in Erscheinung getreten sind, zu einer Positionierung genötigt sahen. Das gilt unter anderem für die zentralasiatischen Staaten, die seit ihrer Unabhängigkeit generell gute Beziehungen mit Israel unterhalten und gleichzeitig die allgemein propalästinensische Haltung ihrer überwiegend muslimischen Bevölkerungen berücksichtigen müssen. Aus diesem Grund ergreifen die zentralasiatischen Regime im Nahostkonflikt traditionell eine ausgewogene Position zwischen Neutralität und Zurückhaltung, auch wenn sie zu jenen UN-Mitgliedern gehören, die den 1988 von der PLO proklamierten »Staat Palästina« offiziell anerkennen. In den offiziellen Stellungnahmen von zentralasiatischer Seite wurde generelle »Besorgnis« angesichts der Gewalt geäußert, wobei nur Kasachstan den Überfall der Hamas als solchen benannt und deutlich verurteilt hat, während Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan es ohne Nennung des Aggressors bei allgemeinen Aufrufen zu einem Ende der Gewalt und der Aufnahme

von Verhandlungen belassen haben. Turkmenistan stellt die Ausnahme dar und hat keine Stellungnahme veröffentlicht, da die offizielle außenpolitische Doktrin der »positiven Neutralität« eine Einmischung in externe Konflikte verbietet.

In den offiziellen Stellungnahmen spiegelt sich die Herausforderung der zentralasiatischen Regierungen wider, angesichts der Eskalation die traditionell von Neutralität und Distanz geprägte Haltung im Nahostkonflikt beizubehalten. Besonders deutlich zeigt sich dieser Umstand im Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen, wo die vier Staaten tendenziell in Übereinstimmung mit der Mehrheit und damit gegen Israel abstimmen (zur allgemeinen Rolle der UN für die Delegitimierung von Israel siehe Feuerherdt, Markl 2018). Turkmenistan stellt auch hier wieder die Ausnahme dar und hat, wie bereits früher im Fall von anderen Konflikten, am 27. Oktober 2023 nicht an der Abstimmung der UN-Vollversammlung über die Annahme einer Resolution teilgenommen, die einen humanitären Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas fordert und von den anderen zentralasiatischen Staaten befürwortet wurde. Doch selbst die sonst eiserne Neutralität Turkmenistans ist nicht ganz vor dem diplomatischen Druck gefeit, den der aktuelle Israel-Hamas-Krieg ausübt, wie die Ausnahme von der Ausnahme belegt: am 28. November 2023 hat Turkmenistan in Einklang mit den anderen zentralasiatischen Staaten und der internationalen Mehrheit für die Annahme einer UN-Resolution gestimmt, die Israel zum Rückzug von den Golanhöhen

auffordert (auf denen bis zu ihrer Einnahme durch die IDF im Jahr 1967 syrische Artillerie stationiert war, um zivile Ziele in Israel anzugreifen). Die Abstimmung vom 12. Dezember 2023 über die Annahme der Resolution A/ES-10/22, die abermals einen Waffenstillstand fordert, ohne die Hamas oder deren generelle Ablehnung israelischer Waffenstillstandsangebote zu erwähnen (geschweige denn die Hamas als Aggressor zu benennen), folgte wieder dem gewohnten Muster (Unterstützung durch Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan bei Abwesenheit Turkmenistans).

Abseits der allgemein neutralen Positionierung im Konflikt als solchen zeigt sich in der Haltung der zentralasiatischen Führungen eine propalästinensische Tendenz, die im Fall konkreter Ereignisse mit der teilweise antisemitisch motivierten Israelablehnung internationaler Medien konvergieren kann. Hierfür bezeichnend ist die staatliche Rezeption von Falschmeldungen über Vorfälle in und um Gaza, die zum Beispiel von iranischen (Tasnim), arabischen (Al-Jazeera) oder auch angeblich »linken« westlichen Medien aus dem antiimperialistischen und »postkolonialen« Spektrum verbreitet werden. So kritisierten die Außenministerien von Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan in nahezu identischen Stellungnahmen einen vermeintlich israelischen Luftangriff auf das al-Ahli-al-Arabi-Krankenhaus in Gaza-Stadt am 17. Oktober 2023. Erst später konnte ausreichend belegt werden, dass es sich bei der Information um eine Propagandalüge der Hamas gehandelt hat, die von besagten Medien willfährig international verbreitet und schließlich von der BBC, MSNBC und einflussreichen Tageszeitungen wie Le Monde und New York Times als Nachricht übernommen wurde (laut den Ergebnissen separater Untersuchungen von Associated Press, CNN, The Economist, The Guardian und dem Wall Street Journal deutet alles darauf hin, dass eine fehlgeleitete Rakete des Palästinensischen Islamischen Dschihad, einer mit der Hamas verbündeten Terrorgruppe, für die Explosion am Krankenhaus und den Tod dutzender Personen verantwortlich war, siehe Daner 2023).

Harmonisierung der zentralasiatischen Position mit jener internationaler Foren

Die ambivalente Haltung der zentralasiatischen Staaten gegenüber dem Israel-Hamas-Krieg zeigt sich besonders deutlich bei offiziellen Zusammenkünften internationaler Organisationen und multilateraler Foren (auch wenn geäußerte Stellungnahmen eine eindeutig propalästinensische Neigung aufweisen). So nahmen die zentralasiatischen Staaten während der letzten sechs Monate an einer Reihe multilateraler Treffen teil, die teilweise von den regionalen Feinden Israels missbraucht wurden, um ihre antiisraelische Position zu verstärken und

zu legitimieren. Ein anschauliches Beispiel ist das letzte Gipfeltreffen der Organisation der Turkstaaten (OTS) am 3. November 2023 in Astana. Das offizielle Treffen hat u. a. die Präsidenten von Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, der Türkei und Usbekistan, den Volksratsvorsitzenden von Turkmenistan sowie den ungarischen Premierminister Viktor Orbán versammelt. Der türkische Präsident Erdoğan, der seinen eigenen Worten zufolge »fest hinter der Hamas steht«, war bestrebt die offizielle Abschlussdeklaration in maßgeblicher Weise antiisraelisch zu beeinflussen. Aufgrund der gemäßigten (oder im Fall Aserbaidschans eher proisraelischen) Haltung der anderen OTS-Mitglieder blieb die Abschlussdeklaration dennoch relativ ausgewogen. Der Abschnitt zum Nahostkonflikt, der ebenfalls keine Referenz zur Hamas oder deren Überfall auf Israel enthält, zeichnet sich vor allem durch die Forderung nach der Zwei-Staaten-Lösung als angeblich »friedlicher Lösung« des Konfliktes aus (für die Gründe warum dem nicht so ist siehe Graziano 2024).

Eine ähnliche Dynamik zeigte sich auf dem Gipfeltreffen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) am 9. November 2023 in Taschkent. Die 1985 gegründete ECO besteht neben den zentralasiatischen Staaten, Afghanistan (seit der Taliban-Machtübernahme im August 2021 nicht mehr teilnehmend) und Aserbaidschan aus der Türkei, Pakistan und Iran, die Israel offen feindlich gegenüberstehen (wobei die Türkei und Israel bis zum Überfall der Hamas eine Politik der Normalisierung ihrer Beziehungen verfolgt haben). Pakistan und Iran haben Israel bis heute nicht offiziell anerkannt, während das Streben nach der Vernichtung Israels seit 1979 integraler Bestandteil der antisemitischen Staatsdoktrin der »Islamischen Republik Iran« ist (vgl. Grigat 2023). In den Stellungnahmen der Präsidenten Usbekistans und Kirgistans wurde der Versuch manifest, sich von den offen israelfeindlichen Positionen der Türkei, Pakistans und Irans abzugrenzen, indem die formal propalästinensischen Erklärungen mit einer allgemeinen Forderung nach Frieden verknüpft wurden. Gleichzeitig waren die zentralasiatischen Präsidenten bestrebt, ihre gemäßigte Haltung so weit wie möglich mit der ECO-Gesamtposition zu harmonisieren, die maßgeblich von der Türkei, Iran und Pakistan vorgegeben wurde. Im offiziellen Abschlusskommuniqué kommt der mäßigende Einfluss der zentralasiatischen Staaten und Aserbaidschans nur noch in der Tatsache zum Ausdruck, dass Israel nicht namentlich für alles Übel im Nahen Osten (oder gleich der ganzen Welt) verantwortlich gemacht wird. Davon abgesehen wird hier nicht nur ein Waffenstillstand und die Zwei-Staaten-»Lösung« gefordert, sondern unverhohlen und einseitig für die palästinensische Seite Partei ergriffen, indem das Kommuniqué ein ausschließliches Leid der palästinensi-

schen Bevölkerung insinuiert und die erklärte Solidarität direkt an »unsere Brüder und Schwestern im Gazastreifen« adressiert.

Die Divergenz zwischen der gemäßigten Haltung der zentralasiatischen Staaten und dem einseitig antiisraelischen Abschlusskommuniqué wird besonders durch dessen Gegenüberstellung mit den konkreten Erklärungen der einzelnen Präsidenten bzw. Premierminister auf dem ECO-Gipfel deutlich. Der usbekische Präsident und Gastgeber Schawkat Mirsijojew forderte eine Kompromisslösung in dem Konflikt und erklärte seine Unterstützung für das Recht der Palästinenser, auf dem Verhandlungsweg die Gründung eines eigenen Staates zu erwirken. Mit dieser Erklärung konnte sich Mirsijojew geschickt von der türkischen, iranischen und pakistanischen Unterstützung für die Hamas abgrenzen, ohne die propalästinensische Tendenz der eigenen Position aufgeben zu müssen. Schließlich entspricht Mirsijojews Erklärung vielmehr der Position der Palästinensischen Autonomiebehörde unter Mahmud Abbas als jener der Hamas.

Kasachstan war durch den damaligen Premierminister Alichan Smailow vertreten, was als indirekte Missbilligung von Präsident Kassym-Dschomart Tokajew verstanden werden konnte, sich an einem Forum zu beteiligen, das von der Türkei, Pakistan und Iran zur Verstärkung und Verbreitung ihrer antiisraelischen Propaganda missbraucht wird. Dementsprechend enthielt Smailows Erklärung auch keinerlei Referenz zum Israel-Hamas-Krieg und konzentrierte sich stattdessen konsequent auf die Kernbereiche der ECO, also die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, den Ausbau der regionalen Konnektivität, die Erhöhung des Transportpotenzials und die Intensivierung von Handel und Austausch zwischen den Mitgliedern. Ähnlich und ganz im Sinne der »positiven Neutralität« Turkmenistans verhielt es sich mit der Erklärung des turkmenischen Präsidenten Serdar Berdimuchamedow. Kirgistans Präsident Sadyr Dschaparow blieb in seiner Erklärung mit Hinblick auf den Konflikt betont vage und reduzierte seinen Standpunkt auf eine allgemeine Forderung nach Schutz der Zivilbevölkerung vor Gewalt, eine Einstellung der Feindseligkeiten und die Aufnahme von Verhandlungen.

Unter den zentralasiatischen Staaten nimmt Tadschikistan die Israel gegenüber am meisten abgeneigte Haltung ein. Zwar verzichtete der tadschikische Präsident Emomali Rahmon in seiner Erklärung an den ECO-Gipfel ebenfalls auf eine Referenz zum Israel-Hamas-Krieg und konzentrierte sich, wie sein turkmenischer Amtskollege und der kasachstanische Premierminister, stattdessen auf Fragen der Konnektivität, den Ausbau multimodaler Transportinfrastruktur, die Förderung von Handel und das kürzlich wiederaufgenommene Projekt einer geplanten Hochspannungsleitung von

Kirgistan und Tadschikistan nach Afghanistan und Pakistan. In Rahmons Erklärung wurde deutlich, dass es sich Tadschikistan nicht leisten kann, ein Forum wie den ECO-Gipfel nicht konsequent für die Förderung der eigenen wirtschaftlichen Interessen zu nutzen. Schließlich sieht Tadschikistan im Ausbau der infrastrukturellen Vernetzung mit Südasien eine wichtige Möglichkeit, mit der geographischen Isolation zu brechen und aus der eigenen Lage an der Schnittstelle von Zentral- und Südasien einen transkontinentalen Handels- und Transitknotenpunkt zu machen (Ikromov 2019). Vor dem Hintergrund dieser dringlichen geökonomischen Agenda schien der Israel-Hamas-Krieg für Rahmon am 9. November einfach nicht relevant genug zu sein.

Anders verhielt es sich jedoch bei einer außerordentlichen Zusammenkunft der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), die zum Austausch über die Lage in Gaza am 11. November 2023 in Riad einberufen wurde. Hier übte Rahmon deutliche und einseitige Kritik, als er äußerte: »Tadschikistan verurteilt aufs Schärfste die Angriffe auf zivile Objekte in Gaza, die zum Tod von Tausenden Zivilisten geführt haben, darunter Kinder und Frauen, sowie zur Zerstörung lebenswichtiger Infrastruktur.« Im Gegensatz zum kasachstanischen Präsidenten Tokajew, der seine indirekte Kritik am israelischen Vorgehen gegen die Hamas durch eine allgemeine Verurteilung von Terrorismus ausbalancierte, verlor Rahmon nicht einmal indirekt ein Wort über die Taten der Hamas und ihre Rolle als Auslöser des Krieges (oder die gängige Praxis der Hamas, sich in zivilen Objekten zu verschanzen und Zivilisten als menschliche Schutzschilde zu missbrauchen). Hier sei jedoch angemerkt, dass der antiisraelische Ton auch bei diesem Gipfeltreffen allgemeiner Konsens war, dem sich Rahmon problemlos anschließen konnte, ohne die deutlich härtere und von antisemitischem Hass geprägte Position des Iran übernehmen zu müssen.

Schließlich kann festgehalten werden, dass die Haltung der zentralasiatischen Präsidenten zum Israel-Hamas-Krieg von einer gewissen Flexibilität geprägt ist und kontextabhängig angepasst werden kann. Angesichts ihrer gemäßigten propalästinensischen Tendenz verzichteten die zentralasiatischen Staaten bei multilateralen Gipfeltreffen darauf den Ton anzugeben und versuchen stattdessen ihre eigene Position so weit wie möglich mit der allgemeinen antiisraelischen Stimmung der diversen internationalen Plattformen (UN, OTS, ECO, OIC) zu harmonisieren, ohne sich von radikalen Akteuren wie Iran vereinnahmen zu lassen. Auch sind die zentralasiatischen Staaten darauf bedacht, ihre verbale Unterstützung für die palästinensische Sache dezidiert an die Palästinensische Autonomiebehörde und nicht die Hamas zu adressieren. Die Regierungen

in Zentralasien haben insgesamt kein Interesse an der Stärkung islamistischer Gruppen wie der Hamas und in Tadschikistan wurde 2015 die Islamische Partei der Wiedergeburt verboten, die wie die Hamas ideologisch der Muslimbruderschaft nahesteht. In den Haltungen der zentralasiatischen Präsidenten zum Israel-Hamas-Krieg wird auch deutlich, dass die Levante (im Gegensatz zu den Golfstaaten) keine Fokusregion zentralasiatischer Interessen ist, die sich im Fall des Nahostkonfliktes im Wesentlichen auf den Erhalt der guten Beziehungen mit Israel und die Wahrung von neutraler Distanz beschränken, wodurch das Ausgreifen gesellschaftlich polarisierender Tendenzen nach Zentralasien so gering wie möglich gehalten werden soll.

Die geopolitische Relevanz des Nahen Ostens und Israels für die zentralasiatischen Staaten

Die zentralasiatischen Länder sind in Sachen Transit und Transport weiterhin stark von Russland abhängig und haben darüber hinaus keinen Zugang zu den Weltmeeren, was für die wirtschaftliche Entwicklung der Region ein großes Hemmnis darstellt. Mit ihrer Lage zwischen Osteuropa, Süd- und Westasien befinden sie sich außerdem in einer geopolitisch volatilen Nachbarschaft mit zahlreichen Konflikten, von denen der Nahostkonflikt am Ende nur einer unter vielen ist. Der russische Überfall auf die Ukraine 2022 hat vor allem das kasachstanische und usbekische Interesse verstärkt, die geoökonomische Abhängigkeit von Russland zu verringern und mittels Diversifizierung von Transit- und Transportrouten die eigene Wirtschaft zu entwickeln und neue Absatzmärkte und Handlungsoptionen zu erschließen. Im Rahmen ihrer aktuellen Diversifizierungsstrategie versuchen die zentralasiatischen Staaten vor allem den südlichen Verkehrsvektor in die Golfregion und nach Südasiens sowie den sogenannten Mittelkorridor über das Kaspische Meer und den Südkaukasus nach Europa zu entwickeln. Gleichzeitig ist man sich in Astana und Taschkent bewusst, dass Zentralasien von einer friedlichen Lösung des Nahostkonfliktes massiv profitieren würde. Der Hamas-Überfall auf Israel hat den zentralasiatischen Führungen erneut verdeutlicht, dass auch ihre Staaten von den destabilisierenden Auswirkungen des Nahostkonfliktes erfasst werden können. Auch verhindern der Nahostkonflikt und der bis heute andauernde Bürgerkrieg in Syrien die Entwicklung des westasiatischen Verkehrsvektors, der maßgeblich zu einer Diversifizierung der Transportrouten für Zentralasien beitragen könnte (ein erst im September 2023 beschlossener Transportkorridor zwischen Indien, Westasien und Europa wurde durch den Hamas-Überfall auf Israel praktisch zunichte gemacht, vgl. Sullivan 2024).

Die geopolitische Relevanz von Israel und der Levante für Zentralasien geht jedoch über die Frage der Diversifizierung von Transport- und Transitrouten hinaus. In Gesprächen, die der Autor des Beitrags mit zentralasiatischen Politikern und Experten geführt hat, wurde deutlich, dass Israel in Zentralasien als wichtiger Teil der westlichen Welt unter Führung der Vereinigten Staaten wahrgenommen wird. Die Beziehungen mit Israel spielen in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle in der außenpolitischen Strategie der zentralasiatischen Staaten, durch eine multivektorale Diversifizierung der internationalen Partner eine Balance zwischen den Einflüssen externer Akteure herzustellen. Mit dieser Politik der ausgeglichenen Beziehungen wollen vor allem die beiden regionalen Mittelmächte Kasachstan und Usbekistan ihre Unabhängigkeit gegenüber China, Russland und der westlichen Staatengemeinschaft wahren und eine zu große Abhängigkeit von einem der drei geopolitischen Hauptpole in Eurasien vermeiden. Für die kasachstanische und usbekische Führung gilt Israel als westasiatische Mittelmacht, deren internationaler Einfluss dank des technischen und wirtschaftlichen Know-hows über das demographische und militärische Gewicht des Landes hinausgeht. Israel ist für Kasachstan und Usbekistan somit ein wichtiger Vektor in ihrer außenpolitischen Strategie der »Mehrfachausrichtung«. Gleichzeitig sind die transnationalen Diasporanetzwerke, die seit dem Zerfall der Sowjetunion zwischen jüdischen Emigranten aus Zentralasien in Israel, Europa und Nordamerika entstanden sind, ein wichtiges Bindeglied für die Entwicklung der diplomatischen Beziehungen Kasachstans und Usbekistans mit der westlichen Staatengemeinschaft (Marsden, Skvirskaja 2023).

Implikationen des Israel-Hamas-Krieges für die zentralasiatischen Beziehungen mit Israel

Aufgrund der geopolitischen Relevanz, die Israel für Kasachstan und Usbekistan besitzt, sind die Führungen der beiden Länder darauf bedacht, die propalästinensische Tendenz ihrer offiziellen Haltung von den bilateralen Beziehungen mit Jerusalem zu trennen. Die demonstrative Unterstützung für die Ziele der Palästinensischen Autonomiebehörde kann in diesem Zusammenhang als Konzession an die propalästinensische Einstellung der eigenen Bevölkerungen verstanden werden, während die guten Beziehungen und die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Israel die eigentliche Priorität bleiben. U. a. beliefert Kasachstan Israel mit Öl und bezieht im Gegenzug israelische Militärtechnologie. Der Pegasus-Skandal im Jahr 2021 hatte kurzzeitig die technologische Zusammenarbeit zwischen Israel und Kasachstan ins Rampenlicht gerückt, als bekannt wurde, dass die gleichnamige Spyware der israelischen NSO Group von

Tokajews Regierung zur Überwachung von Aktivisten missbraucht wurde (Kumenov 2021). Auch Usbekistan arbeitet an einer Intensivierung der Handelsbeziehungen mit Israel und an einem Ausbau der Zusammenarbeit im medizintechnischen Bereich. Und im April 2023 haben der damalige israelische Außenminister Eli Cohen und sein turkmenischer Amtskollege Raschid Meredow in Aschgabat die erste israelische Botschaft eröffnet und sich darüber hinaus auf eine Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Landwirtschaft und Wassertechnologie verständigt.

Um ihre formal propalästinensische Haltung im Angesicht der wachsenden Zusammenarbeit mit Israel nicht auf virtuelle Reaktionen zu beschränken, haben Kasachstan und Usbekistan der Bevölkerung im Gazastreifen öffentlichkeitswirksam humanitäre Hilfe im Wert von einer Million bzw. 1,5 Millionen US-Dollar zukommen lassen. Gleichzeitig sieht Kasachstan in den aktuellen UN-Blauhelmissionen im Nahen Osten eine Möglichkeit, das eigene Profil als neutraler Friedensakteur zu schärfen. Im Januar hat die Regierung Kasachstans den Entschluss bekannt gegeben, das für UN-Friedensmissionen bereitgestellte Kontingent kasachstanischer Soldaten ab März 2024 deutlich auf 430 Einheiten zu erhöhen. Neben den UN-Missionen in Sudan und Südsudan beteiligt sich Kasachstan an der United Nations Disengagement Observer Force (UNDOF) auf den Golanhöhen, der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) und der United Nations Truce Supervision Organization (UNTSO), die u. a. Beobachtertruppen auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel unterhält.

Fazit: der Nahostkonflikt als zentralasiatischer Balanceakt zwischen propalästinensischen Empfindungen, wirtschaftlichem Pragmatismus und geopolitischen Rationalitäten

Der Überfall der Hamas auf Israel und das anschließende Massaker an israelischen Zivilisten am 7. Oktober 2023 haben die Führungen der zentralasiatischen Staaten erneut vor die diplomatische Herausforderung gestellt, die priorisierte Entwicklung ihrer bilateralen Zusammenarbeit mit Israel mit der überwiegend propalästinensischen Haltung ihrer Bevölkerungen in Einklang zu halten. Der Israel-Hamas-Krieg und die durch ihn ausgelöste Welle an öffentlichen Affekten hat die zentralasiatischen Präsidenten, die dem Nahostkonflikt traditionell neutral und distanziert gegenüberstehen, zu Positionierungen genötigt, in denen Eindeutigkeit und Ausgewogenheit zueinander vermittelt werden mussten. Die Zusammenkünfte internationaler Organisationen und multilateraler Foren wie UN, OTS, ECO und OIC stellten für die zentralasiatischen Staaten Möglichkeiten

dar, sich in den global vorherrschenden antiisraelischen Konsens zu integrieren und sich gleichzeitig von radikal antisemitischer Pro-Hamas-Propaganda wie jener Irans abzugrenzen.

Die Zusammenarbeit der zentralasiatischen Staaten mit Israel wird von wirtschaftlichem Pragmatismus und geopolitischen Rationalitäten getragen, während sich die zentralasiatischen Interessen im Nahostkonflikt hauptsächlich auf eine Eindämmung seiner negativen Auswirkungen belaufen. Die Priorisierung der Zusammenarbeit mit Israel beschränkt die formale Unterstützung für die palästinensische Sache von zentralasiatischer Seite auf symbolische Fürsprachen, wobei darauf geachtet wird, nicht die Hamas, sondern lediglich die Palästinensische Autonomiebehörde als legitime Vertretung palästinensischer Interessen zu adressieren. Die vor allem verbale Unterstützung für die Palästinenser wurde von Kasachstan und Usbekistan öffentlichkeitswirksam um begrenzte humanitäre Hilfe für den Gazastreifen ergänzt. Trotzdem gibt es in den zentralasiatischen Gesellschaften eine kleine aber auffällige Anzahl von Akteuren, die eine Reduzierung der Zusammenarbeit mit Israel und mehr propalästinensisches Engagement von den Führungen ihrer Länder verlangen. So gab es Boykottaufrufe gegen angeblich Israel unterstützende Marken und in Kasachstan wurde eine Online-Petition gestartet, in der ein Ende der Ölimporte nach Israel gefordert wurde. In Usbekistan haben sich Imame öffentlich mit Gaza solidarisiert und in Kirgistan haben muslimische und christlich-orthodoxe Aktivisten Hilfsaktionen für die Bevölkerung in Gaza initiiert.

Abseits der allgemeinen Solidarität für die Bevölkerung in Gaza versuchen die zentralasiatischen Regierungen jede öffentlich zur Schau gestellte Unterstützung für die Hamas sowie klar antisemitisch motivierte Aktionen und Formen gewalttätiger Selbstermächtigung gegen Juden zu unterdrücken. So wurden in Usbekistan über 100 Personen strafrechtlich belangt, die versucht hatten auf dem zentralen Amir-Timur-Platz in Taschkent eine nicht genehmigte Pro-Hamas-Demonstration abzuhalten. Im November 2023 wurden in Almaty zwei tadschikische Staatsbürger nach einem versuchten Brandanschlag auf ein jüdisches Bildungszentrum festgenommen. Im selben Monat wurden in Almaty vier weitere Personen aus verschiedenen zentralasiatischen Ländern festgenommen, die einen Brandanschlag auf das lokale Büro der Jewish Agency for Israel (Sochnut) geplant hatten. In Taschkent wurden zwei orthodoxe Juden attackiert und eine Synagoge mit propalästinensischen Parolen beschmiert, nachdem die Polizei den Schutz von Synagogen bereits verstärkt hat. Israels militärische Reaktion auf den genozidalen Hamas-Terror hat eine beispiellose globale Welle des antisemitischen Hasses auf Juden und den jüdischen Staat losgetreten. Die

genannten Beispiele verdeutlichen, dass Zentralasien in dieser Hinsicht keine Ausnahme ist. Eine Lösung des Nahostkonfliktes ist nach dem 7. Oktober 2023 so fern wie nie zuvor, weshalb die Führungen der zentralasiatischen Staaten auch in Zukunft eine Balance zwischen den propalästinensischen Empfindungen ihrer Bevölke-

rungen und den bestechenden Argumenten finden müssen, die für eine weitere Zusammenarbeit mit Israel als einzig rationaler Option sprechen.

Aus dem Englischen von Hartmut Schröder

Über den Autor

Dr. *Andrei Kazantsev-Vaisman* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Begin-Sadat-Zentrum für strategische Studien der Bar-Ilan-Universität in Tel Aviv. Er hat sich auf Außenpolitik, Sicherheitspolitik und Fragen der Energiesicherheit in den zentralasiatischen Staaten und Russland spezialisiert.

Lesetipps

- Danner, Chas. 2023. Everything We Know About the Gaza City Hospital Blast. *Intelligencer*, Oct. 23, 2023. <https://nymag.com/intelligencer/2023/10/israel-hamas-war-everything-we-know-about-the-gaza-hospital-blast.html>
- Feuerherdt, Alex; Florian Markl. 2018. *Vereinte Nationen gegen Israel: Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert*. Leipzig: Hentrich & Hentrich. <https://www.hentrichhentrich.de/buch-vereinte-nationen-gegen-israel.html>
- Graziano, Manlio. 2024. The Two-State Solution Is a Recipe for Carnage. *Foreign Policy*, February 5, 2024. <https://foreignpolicy.com/2024/02/05/israel-palestine-two-state-solution-partition-carnage-ethnic-cleansing/>
- Grigat, Stephan. 2023. Der Antisemitismus des iranischen Regimes: Antijudaismus – Holocaustleugnung – Israelhass. *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)*, 06.04.2023. <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/519837/der-antisemitismus-des-iranischen-regimes/>
- Ikromov, Jovid. 2019. Tajikistan's Perspective on Eurasia. *India Quarterly* 75 (1): 100–107. <https://www.jstor.org/stable/48505603>
- Kumenov, Almaz. 2021. Kazakhstan: Activists tracked by Pegasus angered but not surprised. *eurasianet*, July 21, 2021. <https://eurasianet.org/kazakhstan-activists-tracked-by-pegasus-angered-but-not-surprised>
- Marsden, Magnus; Vera Skvirskaja. 2023. Stadt und Transnationalität in Zentralasien. Neuer und Alter Kosmopolitismus als Medium regionaler und globaler Volksdiplomatie. *Zentralasien-Analysen* 157: 2–5. <https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/157/die-zentralasiatische-stadt-als-transnationaler-raum-neuer-und-alter-kosmopolitismus-als-medium-regionaler-und-globaler/>
- Sullivan, Arthur. 2024. India-Middle East corridor in doubt due to Israel-Hamas war. *Deutsche Welle*, 02/27/2024. <https://www.dw.com/en/india-middle-east-corridor-in-doubt-due-to-israel-hamas-war/a-68354312>

Ran Ichay über das vormalig sowjetische Zentralasien und den palästinensisch-israelischen Konflikt

Marilyn Stern (Middle East Forum, Philadelphia)

Zusammenfassung

Ran Ichay, Direktor des Jerusalem Centre for Applied Policy (JCAP), war vormalig als Israels Botschafter in Kasachstan tätig. Er sprach am 4. Dezember bei einem Webinar des Middle East Forum ([video](#)) im Interview mit Alex Selsky, Senior Advisor des Israel Victory Project (IVP) des Middle East Forum. Im Folgenden sind Ichays Kommentare zusammengefasst. Die Zentralasien-Analysen übernehmen eine ins Deutsche übersetzte Version der Zusammenfassung des Webinars mit freundlicher Genehmigung des Middle East Forum.

Das Entstehen der zentralasiatischen Länder in den 1990er Jahren hat Jerusalem eine »neue, frische Grundlage« zur Entwicklung bilateraler Beziehungen geboten. Obwohl die Region »das sowjetische Erbe gegenüber der Welt geerbt hatte (...) hatte sie im Konkreten nichts damit zu tun.« Mit der Unabhängigkeit waren die zentralasiatischen Länder frei, die Parameter ihrer Beziehungen zu anderen Ländern selbst zu bestimmen.

Israels Beziehungen mit der Sowjetunion und dem Ostblock waren allgemein politisch angespannt. Doch in der postsowjetischen Periode fand Israel plötzlich »zwischen zwölf und zwanzig neue Länder« vor, die in der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropa entstanden waren. Diese Gelegenheit hat den Israelis eine »Tabula rasa« in den internationalen Beziehungen geboten – eine unbeschriebene Tafel, auf der sie unbelastet von vorgefassten Vorurteilen loschreiben konnten, in einer Region, die dem neu gegründeten jüdischen Staat und seinem zionistischen Vorhaben zuvor feindlich gegenüberstand.

Ichays Amtsantritt als Botschafter in Kasachstan begann 2006, kurz nach dem Ende von Israels umstrittenen zweiten Libanonkrieg. Der heutige Präsident Kasachstans, Kassym-Dschomart Tokajew, der damals Außenminister war, nahm Ichays Beglaubigungsschreiben mit einem bedeutungsvollen Satz entgegen: »Zwischen unseren Ländern gibt es keine Widersprüche.« Der Stellenwert dieses Grußes, der auch vom kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew wiederholt wurde, lag in seiner Bedeutung, dass die Kasachen, und auch einige andere zentralasiatische Länder, dringendere Probleme als den israelisch-palästinensischen Konflikt hatten.

Trotz des anhaltenden russischen Einflusses in den Ländern Zentralasiens sind die dortigen Staaten unabhängig und mehr von praktischen Überlegungen geleitet. In Kasachstan lebt die größte russische Minderheit in Zentralasien, und Russland würde sich nur einmischen, wenn Israel dessen Interessen in Zentralasien beeinträchtigen sollte. Letztlich ist Russland mit anderen Angelegenheiten beschäftigt. Für Israel erweisen sich die etwa eine Million russischsprachigen Bürger, die aus der Sowjetunion nach Israel emigriert sind, als Vorteil in der Verständigung mit Kasachstan und den zentralasiatischen Ländern.

Obwohl der Iran mit den zentralasiatischen Ländern über eine gemeinsame Küstenlinie am Kaspischen Meer verbunden ist, haben Kasachstan und andere Länder in der Region ihre Beziehungen mit Israel nicht zurückgestuft. So sehr die zentralasiatischen Länder den Iran auch brauchen, »Ich denke mit Hinblick auf die eigenen Interessen im Kaspischen Meer braucht der Iran sie mehr.«

Nach dem Überfall auf Israel am 7. Oktober haben der Präsident und der Außenminister Kasachstans das einzigartige Verhältnis zwischen Israel und der Region bewahrt und die Hamas direkt verurteilt. Neu ist, dass es trotz der eindeutigen israelischen Kriegsführung gegen die Hamas von den zentralasiatischen Staaten keine scharfen Verurteilungen Israels gibt. Es ist bezeichnend, dass sie zwar keine Sympathie für Israel äußern, aber auch keine Erklärungen gegen Israel abgeben.

Es gibt jedoch zwei verschiedene Möglichkeiten, die Beziehungen zwischen Israel und den zentralasiatischen Ländern zu betrachten, die am besten vor dem Hintergrund des Konfliktes im Nahen Osten verstanden werden. Formal verlangt die arabische Welt, dass die zentralasiatischen Länder in internationalen Foren gegen Israel abstimmen und ihm keine Unterstützung im israelisch-palästinensischen Konflikt anbieten. »Auf der formalen Ebene stimmen sie auf allen internationalen Foren und wann immer sie können gegen uns. Aus ihrer Sicht ist dies notwendig, weil es das ist was die arabische Welt verlangt.«

Jedoch ist Kasachstan praktisch »das in den Beziehungen der Region zu Israel am weitesten fortgeschrittene zentralasiatische Land.« Der Grund hierfür liegt darin, dass es seinen neugeborenen Staat als »historischen Nachfolger« von Israels eigener Wiederherstellung als jungem Staat in der internationalen Arena betrachtet. So haben Kasachen und auch andere geäußert: »Wir gehen jetzt denselben Weg, den ihr vor fünfzig, sechzig, siebenzig Jahren gegangen seid. Ihr

habt das gut gemacht, und wir möchten genauso gut abschneiden wie ihr. Zeigt uns das, geleitet uns.« Dieses Gefühl der Freundschaft bildet die »recht einzigartige« Grundlage, auf der Israel seine Aktivitäten mit Zentralasien aufbaut.

Ein weiterer wichtiger Punkt in Bezug auf die zentralasiatischen Länder ist, dass sie muslimische Länder sind und als solche mit den anderen muslimischen Ländern der weiteren Region in Verbindung stehen. Allerdings unterscheiden sie sich von anderen regionalen muslimischen Ländern dadurch, dass ihre Variante des Islam kulturell und nicht politisch ist und religiöse Anhängerschaft in diesen »sunnitischen säkularen« Ländern kein vorrangiger Faktor ist. Die Tatsache, dass der Islam weder in Kasachstan noch in Usbekistan Staatsreligion ist, ist Abbild dieser Realität. Daher überrascht es nicht, dass die Bemühungen von Saudi-Arabien und Iran, den Islam in Zentralasien zu stärken und dabei ihre eigenen Interessen zu fördern, nicht aufgegangen sind.

Israelis in Kasachstan fühlen sich sicher, da »es ein Land ohne Antisemitismus ist.« Die Aufrechterhaltung von guten politischen sowie wirtschaftlichen Beziehungen in der Region hat auch eine strategische Komponente, da Zehntausende kasachische Juden eine regionale Verbindung repräsentieren, die Israel mit seinen Glaubensgenossen teilt.

Zentralasiens »Carte-blanche«-Haltung gegenüber Israel muss dennoch »dem Gesetz der großen Zahlen« im internationalen Forum Rechnung tragen. Zentralasiatische Länder haben mehrere Botschaften in arabischen und muslimischen Ländern, aber nur eine Botschaft in Israel. Die gleiche Diskrepanz spiegelt sich auch in den Hauptstädten Zentralasiens wider [Anmerkung der Redaktion: neben Kasachstan unterhält mittlerweile auch Usbekistan eine Botschaft in Tel Aviv, israelische Botschaften existieren mittlerweile in Astana, Taschkent und seit 2023 auch in Aschgabat]. Dennoch ermöglicht das zweistufige Verhältnis zwischen den von der internationalen Dynamik beeinflussten Formalitäten und den von der Praxis geprägten Beziehungen »vor Ort«, dass Israel sein Know-how, seine Wissenschaft und seine Produkte wirtschaftlich in eine aufgeschlossene Region exportieren kann.

Aus dem Englischen von Richard Schmidt

Quelle: <https://www.meforum.org/65305/ran-ichay-on-former-soviet-central-asia-and>

Über die Autorin

Marilyn Stern ist Kommunikationskoordinatorin beim Middle East Forum.

UMFRAGEN

Die Haltung der Bevölkerung Kirgistans zum palästinensisch-israelischen Konflikt

Grafik 1: Aufgrund des Konflikts im Nahen Osten ist die Welt heute in gegensätzliche Seiten gespalten – für Palästina und für Israel. Können Sie Ihre Position definieren?



Zwischen dem 24. und 28. Oktober 2023 durchgeführte landesweite Umfrage des Zentrums für Gesellschaftsstudien der K. Karasajew Bishkek State University (BGU) mit 818 Befragten. Quelle: Kaktus.media, 30. Oktober 2023, https://kaktus.media/doc/489844_chno_kyrgyzstancy_dymaut_o_konflikte_palestiny_i_izrailia_rezyltaty_socoprosta.html (zuletzt aufgerufen am 15.04.2024).

04. Februar – 31. März 2024

Kasachstan

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Zentralasien-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Rostam Onori und Richard Schmidt

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

05.02.2024	Präsident Kassym-Dschomart Tokajew löst die Regierung auf und ernennt den bisherigen stellvertretenden Premierminister Roman Skljär bis zur Einsetzung einer neuen Regierung zum kommissarischen Premierminister. Tokajew begründet den Schritt »mit der Notwendigkeit, der Regierungstätigkeit neue Impulse zu verleihen, um den Erwartungen der Gesellschaft gerecht zu werden.«
05.02.2024	Laut Reuters hat Kasachstan den Export von Öl- und Gaskondensaten unter Umgehung russischer Häfen von 1,91 Mio. t im Jahr 2022 auf 3,73 Mio. t im Jahr 2023 erhöht.
06.02.2024	Präsident Tokajew setzt eine neue Regierung mit seinem bisherigen Stabschef, Olschas Bektenow, als neuem Premierminister ein. Die Leitungspersonen für das Wirtschaftsministerium, das Finanzministerium, das Gesundheitsministerium und das Ministerium für Notsituationen werden neubesetzt. Nach eigenen Angaben möchte Bektenow seinen Fokus auf die Entwicklung der Wirtschaft, der Industrie, der Technologie und des Ölsektors legen.
06.02.2024	KazMunayGas und Rosneft Deutschland verlängern den Vertrag über die Belieferung Deutschlands mit monatlich 100.000 t Erdöl aus Kasachstan um weitere sechs Monate.
08.02.2024	Laut der Antikorruptionsbehörde haben Strafverfolgungsbehörden illegal angeeignetes Vermögen im Wert von 98,6 Mio. US-Dollar vom Neffen des ehemaligen Präsidenten Nursultan Nasarbajew, Kairat Satybaldy, zurück in die staatliche Hand transferiert.
09.02.2024	Premierminister Bektenow ordnet eine Haushaltsprüfung an, um potenziell unnötige Ausgaben zu identifizieren.
13.02.2024	Ein Gericht in Astana erhöht die Freiheitsstrafe für den im Vorjahr wegen der Unterschlagung von Haushaltsmitteln verurteilten ehemaligen Kulturminister Arystanbek Muchameduly von acht auf 11 Jahre.
14.02.2024	Präsident Tokajew wird in Doha vom katarischen Emir Tamim bin Hamad Al Thani zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit, u. a. in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Energie, empfangen. Die Gespräche enden mit der gemeinsamen Unterzeichnung einer Reihe von Dokumenten, u. a. über die Möglichkeit zur Beschäftigung kasachstanischer Arbeitnehmer in Katar. Kommerzielle Abkommen, die während des Besuches unterzeichnet wurden, belaufen sich auf 18 Mrd. US-Dollar. Der Nationale Wohlfonds Kasachstans, Samruk-Kazyna, und die katarische Nebras einigen sich auf den gemeinsamen Bau eines Wasserkraftwerkes in Kasachstan. Katarische Investoren wollen insgesamt 500 Mio. US-Dollar in die kasachstanische Landwirtschaft investieren.
16.02.2024	Laut der BBC und basierend auf Recherchen von Vlast ist es bei einer Explorationsbohrung im Gebiet Mangystau im Juni 2023 zu einem Blow-out und einer anschließenden Entzündung von Methangas gekommen, wobei das Feuer erst im Dezember 2023 unter Kontrolle gebracht werden konnte. Insgesamt sind bis dahin 127.000 t Gas entwichen, womit es sich um das zweitgrößte von Menschen verursachte Methanleck in der Geschichte gehandelt hat (größer war nur das Leck nach dem Anschlag auf die Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 im September 2022).
17.02.2024	Laut Handels- und Integrationsministerium hat man sich mit Usbekistan darauf verständigt, im August mit dem Bau des gemeinsamen Industriekooperationszentrums »Zentralasien« an der usbekisch-kasachstanischen Grenze zu beginnen (auf kasachstanischer Seite im Gebiet Turkestan).
19.02.2024	Laut dem Ministerium für Arbeit und Sozialschutz sind seit Jahresbeginn 1.306 im Ausland lebende ethnische Kasachen (Kandas) nach Kasachstan migriert, davon die Hälfte aus Xinjiang (China).
19.02.2024	Präsident Tokajew empfängt den usbekischen Außenminister Bachtijor Saidow zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit, wobei beide Seiten darin übereinkommen, die Außenministerien beider Länder für eine Ausweitung der »bereits sehr robusten« Allianz zu verpflichten.
20.02.2024	Laut Senatssprecher Maulen Aschimbajew sind die staatlichen Programme zur freiwilligen Umsiedlung von Menschen aus südlichen Landesteilen in den Norden vorerst gescheitert. Demnach setze sich der negative demographische Trend in den nördlichen Gebieten weiter fort.
21.02.2024	Präsident Tokajew nimmt in der russischen Stadt Kasan (Republik Tatarstan) an den »Games of the Future 2024« teil. Am Rande der Spiele führt Tokajew ein bilaterales Gespräch mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin, wobei Putin Tokajew für dessen »Einsatz für die russische Sprache« dankt und Tokajew vorschlägt die »Games of the Future« 2025 in Kasachstan abzuhalten.
21.02.2024	Laut dem Center for analysis and investigations of cyber attacks (TSARKA) haben chinesische Hacker die letzten zwei Jahre einen Teil der kasachstanischen Telekommunikationsinfrastruktur ausgespäht, über welche sie sich wahrscheinlich personenbezogene Informationen von kasachstanischen Staatsbürgern verschafft haben. Dies wurde demnach aus geleakten Geheimdokumenten der chinesischen Firma I-Soon (Anxun) ersichtlich, deren Tätigkeit mit dem chinesischen Ministerium für Öffentliche Sicherheit assoziiert wird.

22.02.2024	Nach eigenen Angaben wird die Weltbank 92,43 Mio. US-Dollar in das kasachstanische Projekt »Digital Acceleration for an Inclusive Economy« (DARE) investieren, das einer Million Menschen in ländlichen Gebieten Kasachstans einen Internetanschluss ermöglichen soll.
22.02.2024	Nach Angaben der UN wurden die ersten Einheiten eines kasachstanischen UN-Friedenskontingentes mit 139 Soldaten auf die Golanhöhen zwischen Syrien und Israel entsandt.
24.02.2024	Am zweiten Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine halten ca. 100 Menschen am Schewtschenko-Denkmal in Almaty eine pro-ukrainische Demonstration ab. Die Polizei nimmt ca. ein Dutzend Personen fest, die versuchen vor dem russischen Konsulat in Almaty zu demonstrieren.
26.02.2024	Laut dem kasachstanischen Dienst von RFE/RL wurde dem in Almaty lebenden karakalpakischen Aktivisten Akylbek Muratow der Status eines Asylsuchenden gewährt. Der seit zehn Jahren in Almaty lebende Muratow wurde 2022 von der kasachstanischen Polizei festgenommen, nachdem Usbekistan seine Auslieferung gefordert hatte, da er angeblicher Drahtzieher der damaligen Proteste in der Republik Karakalpakstan gewesen sei.
26.02.2024	Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Nationale Sicherheit (KNB) und Neffe des ehemaligen Präsidenten Nasarbajew, Samat Abisch, wird von einem Gericht in Astana wegen Machtmissbrauchs im Zusammenhang mit den Januar-Protesten 2022 zu acht Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilt. Die genauen Anklagepunkte wurden nicht veröffentlicht.
27.02.2024	Nach eigenen Angaben hat die kasachstanische Bank Freedom Finance aus Sorge vor möglichen Sekundär-sanktionen die Nutzung von russischen Mir-Karten eingestellt.
27.02.2024	Laut bne IntelliNews ist der Umsatz kasachstanischer Exporte aus dem IT-Bereich von 50 Mio. US-Dollar im Jahr 2020 auf 500 Mio. US-Dollar im Jahr 2023 gestiegen.
27.02.2024	Nachdem seit Dezember 2023 im Gebiet Mangystau ca. 500 Angestellte des privaten Öldienstleisters West Oil Software für eine Anstellung bei der staatlichen KazMunayGas streiken, kündigt West Oil Softwares die Massenentlassung von 50 Angestellten an. Laut West Oil Software koste der Streik, der trotz gerichtlicher Untersagung anhält, der Firma täglich 2,2 Mio. US-Dollar.
28.02.2024	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das die Nutzung der satellitengestützten Internet-Konstellation Starlink der Firma SpaceX in Kasachstan ermöglicht.
29.02.2024	Laut der Finanzüberwachungsagentur wurde der Leiter der staatlichen Rüstungsimport- und exportfirma Kazspecexport, Arschat Agjanow, wegen des Verdachtes auf Machtmissbrauch festgenommen. Agjanow soll die Kosten für aus dem Ausland importierte Militärgüter künstlich erhöht haben.
01.03.2024	Als Reaktion auf eine Äußerung des russischen Verteidigungsministers Sergej Schoigu, demzufolge in Zentralasien »100 große pro-westliche Nichtregierungsorganisationen daran arbeiten die Beziehungen mit Russland zu stören«, äußert der stellvertretenden kasachstanische Außenminister Roman Wassilenko, dass es in Kasachstan 18.000 Nichtregierungsorganisationen gebe »die in Übereinstimmung mit unserer Gesetzgebung arbeiten und ein sehr wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind.«
04.03.2024	In Almaty und dem Gebiet Almaty kommt es zu einem Erdbeben der Stärke 5,3 auf der Richterskala, wobei es in Almaty zu Staus und teilweise Benzinmangel kommt, nachdem Leute in Panik versuchen die Stadt mit dem Auto zu verlassen. Es gibt keine Verletzten.
04.03.2024	Premierminister Bektenow wird in Moskau von seinem russischen Amtskollegen Michail Mischustin zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Handel und Wirtschaft empfangen. Beide Seiten zeigen sich zufrieden mit der Entwicklung der Beziehungen und wollen vor allem beim Ausbau des Transitpotenzials in Nord-Süd-Richtung auf der Eisenbahnstrecke Russland-Kasachstan-Turkmenistan-Iran künftig noch stärker kooperieren.
03.03.2024	Die OPEC+ einigt sich auf Ölförderkürzungen von täglich zwei Mio. Barrel für das zweite Quartal 2024. Kasachstan wird täglich 82.000 Barrel weniger produzieren.
04.03.2024	Bei einem Treffen mit offiziellen kasachstanischen Vertretern in Riad äußert der Präsident der Islamischen Entwicklungsbank (IDB), Al Jasser, dass die IDB bereits über 70 Projekte im Gesamtwert von 1,7 Mrd. US-Dollar in Kasachstan implementiert hat.
04.03.2024	Russische Behörden schreiben den ehemaligen ukrainischen Botschafter in Kasachstan, Pjotr Wrublevsky, wegen »Anstiftung zu Hass oder Feindschaft« und der »Demütigung der menschlichen Würde« zur Fahndung aus. Wrublevsky hatte während seiner Zeit als Botschafter in einem Interview für ein kasachstanisches Medium 2022 geäußert, »wir versuchen so viele wie möglich von ihnen zu töten. Desto mehr Russen wir jetzt töten, desto weniger müssen unsere Kinder töten.«
05.03.2024	Laut dem stellvertretenden Wirtschaftsminister Bauyrdschan Kudaibergenow haben bisher 41 Unternehmen mit einem Mindestgesamtwert von 1,5 Mrd. US-Dollar ihren Hauptsitz aus Russland nach Kasachstan verlegt.

05.03.2024	Laut dem Bürgermeister von Almaty, Jربولат Dosajew, werden 475 Mio. Tenge (ca. eine Mio. US-Dollar) für die Einführung eines telefonischen Benachrichtigungssystem für Erdbeben bereitgestellt.
05.03.2024	Laut dem Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) hat der Nazarbayev Fund dem Kremlin-nahen US-amerikanischen Regisseur Igor Lopatonok mindestens fünf Mio. US-Dollar gezahlt, damit dieser in dessen Dokumentarfilm »Qazaq: History of the Golden Man« aus dem Jahr 2021 ein positives Bild vom ehemaligen Präsidenten Nasarbajew zeichnet. Im Film wird Nasarbajew über fast zwei Stunden unkritisch vom US-amerikanischen Regisseur Oliver Stone interviewt.
06.03.2024	Laut Energieministerium wird sich das Transitvolumen von russischem Erdgas über kasachstanisches Territorium nach Usbekistan bis 2026 von aktuell drei auf 11 Mrd. Kubikmeter pro Jahr erhöhen. Der Export von Erdöl über die Route Aktau–Baku–Tbilisi–Ceyhan soll noch im laufenden Jahr von einer auf 1,5 Mio. t erhöht werden.
07.03.2024	Präsident Tokajew empfängt den saudischen Energieminister Abdulaziz bin Salman Al Saud in Astana zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Investitionen. Laut Tokajew hätten die bilateralen Beziehungen »ein beispielloses Niveau erreicht.« Die Gespräche enden mit der gemeinsamen Unterzeichnung eines Übereinkommens zum Bau einer Windkraftanlage durch die saudische ACWA Power im Gebiet Dschetisu mit einer geplanten Kapazität von einem GW.
07.03.2024	Bei einer in Dschidda (Saudi-Arabien) einberufenen Notfallsitzung des Außenministerrates der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) zur Lage in Gaza fordert der kasachstanische Außenminister Murat Nurtleu angesichts des »anhaltenden Leids der Zivilbevölkerung in Gaza« ein »sofortiges Ende der Feindseligkeiten, um die humanitäre Krise mildern zu können.«
07.03.2024	In Almaty demonstrieren ca. 100 Personen für menschenwürdige Lebensverhältnisse von Frauen. Eine ursprünglich für den Internationalen Frauentag am 8. März geplante Demonstration wurde von der Stadtverwaltung untersagt.
07.03.2024	Bei einer Razzia in der Oblast Kaluga erschießen Beamte des russischen Inlandsnachrichtendienstes FSB zwei kasachstanische Staatsbürger im Alter von 32 und 35 Jahren, nachdem diese das Feuer auf die Beamten eröffnet haben sollen. Die Getöteten, bei denen u. a. ein Sturmgewehr und Materialien für den Bau von Sprengsätzen gefunden wurden, standen demnach in Verdacht, im Namen des Islamischen Staates Khorasan-Provinz (IS-K) einen Bombenanschlag auf eine Synagoge geplant zu haben.
08.03.2024	Das Verteidigungsministerium dementiert in sozialen Medien kursierende Gerüchte, laut denen Kasachstan mit der Ukraine über Rüstungslieferungen verhandelt. Das Ministerium verweist auf ein seit 2022 geltendes Rüstungsexportverbot.
11.03.2024	Präsident Tokajew wird in Baku von seinem aserbajdschanischen Amtskollegen İlham Alijew zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Investitionen empfangen. Beide Seiten drücken ihre Zufriedenheit über die Entwicklung der Beziehungen aus und betonen »das wirtschaftliche Potenzial der Zusammenarbeit« weiter ausschöpfen zu wollen. Tokajew und Alijew nehmen aus Baku per Videoschleife am Empfang der ersten 61 Warencontainer im Bezirk Abscheron teil, die in 11 Tagen über eine neue Eisenbahnroute von China via Kasachstan und per Fähre über das Kaspische Meer nach Aserbajdschan geliefert wurden. Die State Oil Company of Azerbaijan Republic (SOCAR) und KazMunayGas unterzeichnen eine Absichtserklärung über die schrittweise Erhöhung des Transitvolumens von kasachstanischem Erdöl über aserbajdschanisches Territorium. Die Azerbaijan Investment Holding und der kasachstanische Nationale Wohlfonds Samruk-Kazyna unterzeichnen ein Kooperationsabkommen. Am folgenden Tag besuchen Alijew und Tokajew die 2020 zurückeroberte Stadt Schuscha in Berg-Karabach.
11.03.2024	Handelsminister Arman Schakkalijew wird von seinem italienischen Amtskollegen Adolfo Urso und der italienischen Unterstaatssekretärin für auswärtige Angelegenheiten, Maria Tripodi, in Rom zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Handel empfangen. Tripodi nennt die bilateralen Beziehungen in einem »hervorragenden Zustand«, während Urso die Ausweitung der Zusammenarbeit in den Bereich kritischer Mineralien vorschlägt, »um die strategische Unabhängigkeit unseres Kontinents zu gewährleisten.«
12.03.2024	Auf Einladung Irans nehmen kasachstanische Militärangehörige als Beobachter am gemeinsamen Flottenmanöver »Marine Security Belt 2024« der russischen, iranischen und chinesischen Marine im Golf von Oman teil.
13.03.2024	Angesichts einer aktuellen Energiekrise in Tadschikistan ordnet Präsident Tokajew die Entsendung von 15.000 t Heizöl als humanitäre Hilfe für Tadschikistan an.
13.03.2024	Während des Besuches einer kasachstanischen Delegation unter Leitung des stellvertretenden Ministers für Industrie und Bauwesen, Iran Scharchan, in London einigen sich Kasachstan und das Vereinigte Königreich auf eine strategische Partnerschaft im Bereich kritische Mineralien.

14.03.2024	In Almaty beginnt das US-amerikanisch-zentralasiatische Geschäftsforum »B5+1«, auf dem das US-amerikanische Center for Internationale Private Enterprise (CIPE) und private wie offizielle Vertreter der fünf zentralasiatischen Staaten die kommerzielle Zusammenarbeit in Bereichen wie Transport, E-Commerce, Tourismus und Energie besprechen. In einem gemeinsamen Abschlusskommuniqué wird u. a. das Ziel der Schaffung einer regionalen Handelskammer zur Förderung der wirtschaftlichen Integration, Entwicklung von wettbewerbsfähigen Märkten und Anziehung ausländischer Direktinvestitionen genannt.
14.03.2024	Nach starkem Schneefall kommt es in Almaty und dem Gebiet Almaty zu großflächigen Stromausfällen. Der Flughafen Almaty muss kurzzeitig den Betrieb einstellen, Flüge mit der Destination Almaty werden nach Astana umgeleitet.
15.03.2024	In Atyrau findet die dritte Sitzung des Nationalkurultais unter Vorsitz von Präsident Tokajew statt. In seiner Ansprache kündigt Tokajew an, dass »Kasachstan gegenüber allen Regionen, Ansichten und Lehren, die unsere Staatlichkeit und öffentliche Moral nicht untergraben, stets tolerant sein wird. Aber wir können und werden nicht dem Beispiel derer folgen, die unter dem Einfluss westlicher und anderer Trends Werte fördern, die unsere Kultur fremd sind und darüber hinaus dem dualistischen Fundament der Welt zuwiderlaufen.« Tokajew schlägt eine Änderung des Staatswappens vor, da das aktuelle Wappen »Zeichen der Sowjetzeit« enthalte.
15.03.2024	Bei Gesprächen mit seinem usbekischen Amtskollegen Abdulla Aripow in Taschkent signalisiert Premierminister Bektenow die Bereitschaft, kasachstanische Ausfuhren nach Usbekistan um 500 Mio. US-Dollar zu steigern.
16.03.2024	Außenminister Nurtleu wird in Jerewan von seinem armenischen Amtskollegen Ararat Mirsojan zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen politischer, kultureller und humanitärer Austausch, Handel und Wirtschaft empfangen. Beide Seiten einigen sich auf »gemeinsame Bemühungen zur Identifizierung neuer Möglichkeiten, das Handelsvolumen zu steigern.« 2023 lag das bilaterale Handelsvolumen bei 53 Mio. US-Dollar, 23,1 % mehr als 2022.
19.03.2024	Ein Gericht in Almaty verurteilt drei Polizisten wegen der Folterung von Demonstranten während der Januar-Proteste 2022 zu jeweils drei Jahren Freiheitsentzug.
19.03.2024	Laut dem Pressedienst des Ministeriums für Wasserressourcen und Bewässerung wurde sich mit Usbekistan auf die Installation von Wasserzählern im jeweils anderen Land verständigt, um gegenseitig die Wasserentnahme von geteilten Gewässern messen zu können.
19.03.2024	Ein Gericht in Taldykorgan (Gebiet Dschetisu) verurteilt drei ehemalige Polizisten wegen der Folterung von Demonstrant:innen während der Januar-Proteste 2022 zu Freiheitsstrafen zwischen vier und sechs Jahren.
25.03.2024	Nach bilateralen Gesprächen zwischen Präsident Kassym-Dschomart Tokajew und dem zyprischen Außenminister Konstantinos Kombos in Astana über Fragen der diplomatischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterzeichnen beide ein bilaterales Abkommen, laut dem im anderen Land verurteilte Bürger des anderen Landes Haftstrafen in ihrem Heimatland verbüßen sollen.
26.03.2024	Präsident Tokajew empfängt den republikanischen US-Senator Steve Daines in Astana zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in u. a. den Bereichen Investitionen, wirtschaftliche Liberalisierung, industrielle Entwicklung, Energie und Uranexporte sowie die Modernisierung von Infrastruktur. Am selben Tag empfängt Tokajew den stellvertretenden Sekretär der Kommunistischen Partei Chinas in Xinjiang, Erkin Tuniyaz, zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in ähnlichen Themen. Tuniyaz wurde 2021 wegen dessen »führende Rolle bei der Verfolgung der Uiguren [in Xinjiang]« vom US-Finanzministerium mit Sanktionen belegt.
26.03.2024	Außenminister Murat Nurtleu wird in Washington von seinem US-amerikanischen Amtskollegen Antony Blinken zu Gesprächen über die Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Investitionen und wirtschaftlicher Diversifizierung empfangen. Weitere Gesprächspunkte umfassen den Global Methane Pledge, kritische Mineralien und freie Medien.
27.03.2024	Das Parlament ratifiziert ein Zehnjahresabkommen mit Russland, das dem russischen Ölkonzern Rosneft für eine jährliche Transitgebühr von 171 Mio. US-Dollar den jährlichen Transit von zehn Mio. t Erdöl über kasachstanisches Territorium nach China erlaubt.
27.03.2024	Nach schmelzwasserbedingten Überschwemmungen in den Gebieten Akmola, Kostanai, Ostkasachstan, Aktobe und Westkasachstan beginnt das Verteidigungsministerium mit umfangreichen Luft- und Bootsevakuationen von fast 76.000 Zivilisten. Mindestens 50 Siedlungen werden komplett überschwemmt. Mehrere Personen werden vermisst. Laut Premierminister Bektenow handelt es sich um die größten Überschwemmungen der letzten Jahre.

28.03.2024	Am Rande des Boao Forums in China führt Präsident Tokajew Gespräche u. a. mit dem Generalsekretär der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), Zhang Ming, und dem Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Mathias Cormann. Gegenüber Zhang äußert Tokajew, dass Kasachstan der SOZ »als Mechanismus zur Stimulierung von regionaler Sicherheit Handel und wirtschaftlichem Austausch« hohe Bedeutung beimesse. Gegenüber Cormann äußert Tokajew die Absicht, »die Wirtschaftspolitik Kasachstans mit den hohen Standards der OECD in Einklang zu bringen.«
28.03.2024	Ein Gericht im Gebiet Akmola verurteilt sechs Einwohner des Dorfes Kojandy für die Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration zu Geldstrafen, nachdem 50 Dorfbewohner zuvor eine nahe Straße blockiert haben, um gegen die ihrer Meinung nach mangelhafte Beseitigung von Schnee zu protestieren, was demnach zur Überschwemmung ihrer Häuser geführt habe.
28.03.2024	Laut der Verwaltung des Gebietes Dschetisu wird das deutsche Hansa Consortium in den Bau eines internationalen Fracht- und Verkehrsflughafen in der Sonderwirtschaftszone Korgas investieren. Der 559,2 Mio. US-Dollar teure Flughafen soll nach Fertigstellung eine stündliche Abfertigungskapazität von 500 Fluggästen und 50.000 t Fracht besitzen.

Kirgistan

05.02.2024	Nach einem Treffen zwischen Außenminister Dscheenbek Kulubajew und dem tadschikischen Präsidenten Emomali Rachmon gibt die offizielle Website von Letzterem ein Übereinkommen mit Kirgistan bekannt, in dem man sich auf den Verlauf von weiteren 196 km und damit 90 % der gemeinsamen Grenze einigen konnte.
08.02.2024	Nach eigenen Angaben hat das Staatliche Komitee für Nationale Sicherheit (GKNB) eine Reihe von illegal angeeigneten Immobilien im Gesamtwert von 34,8 Mio. US-Dollar des korrupten ehemaligen stellvertretenden Direktors der Zollbehörde, Raimbek Matraimow, an den Staat rücktransferiert.
08.02.2024	Nach eigenen Angaben hat das GKNB eine Ermittlung wegen des Verdachtes auf Korruption eingeleitet, nachdem für das Hauptheizkraftwerk Bischkek zwischen 2023 und 2024 Kohle im Gesamtwert von 36,5 Mio. US-Dollar ohne öffentliche Ausschreibung eingekauft wurde.
09.02.2024	Ein Gericht in Bischkek ordnet die Liquidierung des unabhängigen Investigativmediums Kloop an. In Übereinstimmung mit der im August 2023 vorgelegten Anklage der Staatsanwaltschaft hat das Gericht festgestellt, »dass die Aktivitäten des Mediums die Charter der Organisation übersteigen und Kloop deshalb illegal Nachrichten verbreitet.« Das US-basierte Komitee zum Schutz von Journalisten kritisiert das Urteil aufs Schärfste und zeigt sich über den Schritt »schockiert«.
12.02.2024	Präsident Dschaparow veröffentlicht einen Brief, den er als Antwort auf einen Brief von US-Außenminister Antony Blinken vom Januar verfasst hat, in dem sich dieser besorgt über die mögliche Annahme eines Gesetzes über »ausländische Repräsentanten« geäußert hat. In seinem Brief fordert Dschaparow die Vereinigten Staaten auf, sich nicht in die inneren Angelegenheiten von Kirgistan einzumischen, und wirft Blinken indirekt vor, von Nichtregierungsorganisationen darüber getäuscht worden zu sein, dass das Gesetz die Zivilgesellschaft in Kirgistan gefährde. Demnach sei das Gesetz dem US-amerikanischen Foreign Agents Registration Act (FARA) nachempfunden.
12.02.2024	24.kg berichtet mit Verweis auf das Bildungs- und Wissenschaftsministerium, dass ab diesem Jahr alle Studienbewerber einen Kirgisisch-Sprachtest ablegen müssen.
13.02.2024	Präsident Sadyr Dschaparow nimmt in Dubai am 10. World Government Summit teil. In seiner Ansprache betont Dschaparow, dass er seit seinem Amtsantritt 2020 umfangreiche politische und wirtschaftliche Reformen eingeleitet habe »[...] und dabei nicht einen Schritt von den Grundsätzen der Demokratie abgewichen ist.« Zuvor hat Dschaparow Gespräche über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Infrastruktur und Energie mit dem emiratischen Energie- und Infrastrukturminister Suhail Mohammed Al Mazroui geführt, wobei beide Seiten ihre Verpflichtungen beim gemeinsamen Bau eines Solarkraftwerkes in Kirgistan bekräftigten.
14.02.2024	In Bischkek findet das fünfte Treffen EU-Zentralasien zu Afghanistan statt, wobei Fragen der »effektiven Interaktion« mit der afghanischen De-Facto-Regierung der Taliban im Vordergrund stehen. Die EU war durch die Sondergesandte für Zentralasien, Terhi Hakkala, die UN durch die Sondergesandte des UN-Generalsekretärs für Afghanistan und ehemalige kirgisische Interimspräsidentin, Rosa Otunbajewa, vertreten.
14.02.2024	Das Parlament weist in zweiter Lesung eine geplante Abänderung des »Gesetzes über gemeinnützige Organisationen« zur Überarbeitung an die entsprechenden Ausschüsse zurück. Der Entwurf verpflichtet NGOs u. a. zu zusätzlichen Auskünften und schreibt NGOs, die Finanzierung aus dem Ausland erhalten, eine Registrierung als »ausländischer Repräsentant« vor. Kritiker sehen in den Abänderungen eine Kopie des russischen »Gesetzes über ausländische Agenten.«
14.02.2024	Laut eigenen Angaben hat das Ministerium für Arbeit, Sozialschutz und Migration die Arbeit komplett auf ein digitales System zum Management von Dokumenten umgestellt.
15.02.2024	Präsident Dschaparow legt Vermögenswerte im Gesamtwert von 20 Mio. US-Dollar offen und fordert kirgisische Staatsbürger auf es ihm gleichzutun. Die Offenlegung von Dschaparows Vermögenswerten erfolgt im Rahmen eines Anti-Geldwäsche-Gesetzes, das die legale Anzeige von undeklariertem Vermögen ermöglicht. Das Gesetz läuft am 01.07.2024 aus.
19.02.2024	Bei Verhandlungen in Sughd (Tadschikistan) einigen sich die topographischen Arbeitsgruppen von Kirgistan und Tadschikistan auf den Verlauf von weiteren 1,1 km gemeinsamer Grenze.
20.02.2024	Laut Außenministerium wurden 99 weitere kirgisische Staatsbürger:innen aus ehemaligen Kampfgebieten in Syrien nach Kirgistan zurückgebracht, darunter 28 Frauen und 71 Minderjährige.
21.02.2024	Präsident Dschaparow nimmt in der russischen Stadt Kasan (Republik Tatarstan) an den »Games of the Future 2024« teil.

23.02.2024	Die Weltbank gibt die Wiederaufnahme der Finanzierung von CASA-1000 bekannt, einem Projekt zum Bau einer Hochspannungsleitung von Zentral- nach Südasien, über die Strom aus Kirgistan und Tadschikistan nach Afghanistan und Pakistan exportiert werden soll. Konkret geht es um den Bau des 1,2 Mrd. US-Dollar teuren Abschnitts in Afghanistan. Die Weltbank hat ihre Beteiligung an dem Projekt nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan seit 2021 ausgesetzt.
01.03.2024	Der Ministerkabinettsvorsitzende Akylbek Dschaparow bespricht in Kaschgar (Uigurisches Autonomes Gebiet Xinjiang (XUAR)) mit dem usbekischen Premierminister Abdulla Aripow und dem Sekretär des Parteikomitees der Kommunistischen Partei Chinas von XUAR, Ma Xingrui, Fragen der trilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Transport. Die drei Seiten stimmen darüber ein, in diesem Jahr mit dem Bau der geplanten Eisenbahnstrecke China–Kirgistan–Usbekistan zu beginnen.
02.03.2024	Präsident Dschaparow empfängt den Sohn vom nizari-ismaelitischen Imam Karim Aga Khan IV., Rahim Aga Khan, in Bischkek zu Gesprächen über Fragen der weiteren Zusammenarbeit, wobei Dschaparow dem Imam für dessen Beitrag zur Entwicklung von Kirgistans Bergregionen dankt und die wichtige Rolle der vom Aga Khan gestifteten University of Central Asia in Naryn hervorhebt.
02.03.2024	Am Rande des Antalya Diplomacy Forums führt Außenminister Kulubajew eine Reihe von bilateralen Gesprächen mit ausländischen Amtskollegen, u. a. mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow über Fragen der weiteren multilateralen Integration in Eurasien.
04.03.2024	Der stellvertretende Energieminister Taalabek Baigasijew ruft die Bevölkerung zum Stromsparen auf, nachdem der Wasserstand im Toktogul-Wasserkraftwerk (Gebiet Dschalal-Abad) erneut dabei ist, stark abzusinken. Bajgasijew kündigt die Einführung von »rigiden Stromrationierungen« an, sollte der Wasserpegel unter den für den Betrieb notwendigen »Totpunkt« fallen.
04.03.2024	Präsident Dschaparow hält in Balyktschy (Gebiet Issyk-Kul) eine Rede über die angeblichen Vorteile der geplanten Uranerz- und Titanomagnetitmine Kysyl-Ompol. Demnach würde die Mine 1.000 Arbeitsplätze schaffen und alle Erlöse direkt in den staatlichen Haushalt fließen. Die bereits seit Jahren geplante Inbetriebnahme der Mine wird u. a. wegen Umweltbedenken von Experten- und öffentlicher Seite kritisiert.
05.03.2024	Die World Alliance for Citizen Participation (CIVICUS) nimmt Kirgistan in die Liste der zu beobachtenden Länder mit einer kürzlichen Verschlechterung der Lage zivilgesellschaftlicher Gruppen auf. Besonders negativ hervorgehoben wird die geplante Einführung eines Gesetzes über »ausländische Repräsentanten« nach russischem Vorbild.
05.03.2024	Präsident Dschaparow empfängt den Weltbank-Exekutivgeneral Dominique Favre zu Gesprächen über eine mögliche Zusammenarbeit u. a. beim Bau und der Modernisierung von Kraftwerken und dem geplanten Bau der Eisenbahnstrecke China–Kirgistan–Usbekistan.
06.03.2024	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) stellt Kirgistan ein Darlehen im Wert von acht Mio. Euro für die Verbesserung der Wasserinfrastruktur in vier Städten bereit.
07.03.2024	Präsident Dschaparow empfängt den stellvertretenden saudischen Außenminister Waleed Al-Khurajji in Bischkek zu Gesprächen, wobei sich beide auf eine weitere Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Investitionen, Handel und Wirtschaft einigen.
07.03.2024	Präsident Dschaparow kündigt Stromrationierungen an, die im Rahmen der notwendigen Modernisierung der Wasserkraftwerke Toktogul und Utsch-Korgon (beide Gebiet Dschalal-Abad) eingeführt werden müssten.
08.03.2024	Anlässlich des Internationalen Frauentages findet in Bischkek ein Marsch für Frauenrechte mit mehreren Dutzend Teilnehmer:innen statt.
09.03.2024	Der Ministerkabinettsvorsitzende Akylbek Dschaparow eröffnet den Nationalpavillon »Made in Kyrgyzstan« in der freien Wirtschaftszone Kaschgar (Uigurisches Autonomes Gebiet Xinjiang) im Rahmen der Initiative »Zwei Länder – Zwei Parks«. Die Initiative besteht aus einer wirtschaftlichen Kopplung der freien Wirtschaftszonen in Naryn und Kaschgar.
09.03.2024	Die japanische Botschaft stellt Kirgistan 3,5 Mio. US-Dollar zur Unterstützung von einkommensschwachen Personen und Familien bereit.
12.03.2024	Ein Gericht in Bischkek verlängert die Untersuchungshaft von acht Journalisten des Investigativkollektivs Temirov Live, die im Januar wegen des Verdachtes auf »Anstiftung zu Massenunruhen« festgenommen wurden. Zwei weitere Journalisten werden aus der Haft in den Hausarrest entlassen, ein weiterer wird unter der Auflage im Land zu bleiben freigelassen.

13.03.2024	Laut dem Pressesprecher von Präsident Dschaparow hat dieser nach einem Treffen mit Medienvertretern am 07.03.2024 ein geplantes Gesetz über Massenmedien zurückgezogen. Das Gesetz sollte dem Staat u. a. größere Kompetenzen bei der Kontrolle von Online-Medien einräumen und Möglichkeiten zur Strafverfolgung eröffnen, wenn Medien »nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen fördern« oder die »öffentliche Moral gefährden.«
13.03.2024	Die Vereinigten Staaten und eine Reihe von UN-Organisationen starten die gemeinsame Initiative »A Global Health Security and Pandemic Preparedness Program«, das u. a. Kirgistan bei der Vorbereitung auf zukünftige Gesundheitskrisen unterstützen soll, u. a. durch den Ausbau des nationalen Laborsystems und eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitssystems.
14.03.2024	Das GKNB nimmt den ehemaligen Landwirtschaftsminister Erkinbek Tschodujew wegen des Verdachtes auf Korruption fest. Tschodujew soll während seiner Amtszeit (Mai 2019 – Oktober 2020) in den Gebieten Osch und Dschalal-Abad über 50 ha staatliches Land illegal privatisiert und anschließend an Privatpersonen verkauft haben.
14.03.2024	Das Parlament verabschiedet in dritter und damit letzter Lesung eine Reihe von Abänderungen des »Gesetzes über gemeinnützige Organisationen«, die NGOs u. a. zu zusätzlichen Auskünften verpflichten und solchen NGOs, die Finanzierung aus dem Ausland erhalten, eine Registrierung als »ausländischer Repräsentant« vorschreiben. Kritiker sehen in den Abänderungen eine Kopie des russischen »Gesetzes über ausländische Agenten.« Eine Reihe internationaler Menschenrechtsorganisationen und über 100 kirgisische NGOs rufen Präsident Dschaparow auf, die Inkraftsetzung der Änderungen durch Nichtunterzeichnung zu verhindern.
17.03.2024	Bei bilateralen Gesprächen von offiziellen Vertretern in der tadschikischen Stadt Buston einigen sich Kirgistan und Tadschikistan auf die Delimitation und Demarkation von weiteren elf Kilometern gemeinsamer Grenze.
21.03.2024	Nach Gesprächen zwischen Präsident Sadyr Dschaparow und dem stellvertretenden Generaldirektor von China Railway, Wang Tongjun, äußert Dschaparow mit Hinblick auf die geplante Eisenbahnlinie China–Kirgistan–Usbekistan, dass »ein gemeinsames Verständnis über die Mechanismen zur Umsetzung erreicht wurde.« Details sind nicht bekannt.
23.03.2024	Einen Tag nach dem Terroranschlag des Islamischen Staates Khorasan Provinz (IS-K) auf die Crocus City Hall in Krasnogorsk mit 145 Toten (darunter zwei kirgisische Staatsbürgerinnen) werden am Flughafen Moskau-Scheremetjewo laut dem kirgisischen Dienst von RFE/RL Dutzende kirgisische Staatsbürger bei der Einreise nach Russland in einer angeblichen »Antiterroroperation« scheinbar verdachtsunabhängig verhaftet und für 24 Stunden ohne Nahrung und Wasser festgehalten. Einige werden ausgewiesen.
23.03.2024	Laut dem Chef der Präsidentialadministration haben GKNB-Beamte fünf aserbaidsschanische Staatsbürger festgenommen, die im Auftrag des ehemaligen stellvertretenden Direktors der Zollbehörde (2015–2017), Matraimow, Mordanschläge auf Präsident Sadyr Dschaparow und weitere hochrangige Beamte geplant haben sollen. Demnach habe man bei den aserbaidsschanischen Behörden eine Auslieferung Matraimows ersucht, der seit Januar wegen der Entführung nicht genannter Personen gesucht wird und sich aktuell in Baku aufhalten soll. Matraimow wurde im Februar 2021 wegen Korruption in hohem Umfang zu einer Geldstrafe von 3.000 US-Dollar verurteilt, nachdem er sein Amt ausgenutzt haben soll um über ein illegales Schmuggelschema Hunderte Millionen US-Dollar anzuhäufen und am Fiskus vorbei aus Kirgistan zu schaffen.
25.03.2024	Auf der ATOMEXPO 2024 in Sotschi (Russland) unterzeichnen das kirgisische Energieministerium und die Föderale Agentur für Atomenergie Russlands (Rosatom) ein Übereinkommen über den gemeinsamen Bau einer Reihe kleinerer Wasserkraftwerke in Kirgistan mit einer geplanten Gesamtkapazität von 400 MW.
25.03.2024	Das Außenministerium rät allen kirgisischen Staatsbürgern von nicht notwendigen Reisen nach Russland ab. Kirgisischen Staatsbürgern, die sich aktuell in Russland aufhalten, wird geraten nur mit gültigen Aufenthaltspapieren auf die Straße zu gehen.
26.03.2024	Laut dem kirgisischen Dienst von RFE/RL wurde der ehemalige stellvertretende Chef der Zollbehörde, Matraimow, auf Gesuch Kirgistans in Aserbaidsschan festgenommen und nach Kirgistan ausgeliefert. Matraimow wurde direkt bei der Ankunft am Flughafen Bischkek festgenommen, ihm drohen nun Anklagen u. a. wegen Entführung und Planung eines Mordkomplotts.
28.03.2024	Laut dem Arbeitsministerium versuchen militante Gruppen aktiv in Russland arbeitende Migranten aus Kirgistan für Gewalttaten zu rekrutieren.

Tadschikistan

05.02.2024	Die Strafverfolgungsbehörden Tadschikistans haben ein Strafverfahren gegen die ehemalige Journalistin des russischen BBC-Dienstes Anora Sarkorowa eröffnet. Sarkorowa lebt in Europa. Die Strafverfolgungsbehörden kontaktierten am 02.02.2024 ihre Mutter und deuteten an, sie könne von einer Amnestie profitieren, sollte sie freiwillig nach Tadschikistan zurückkehren und um Vergebung bitten. Sarkorowa wird beschuldigt »öffentliche Aufrufe zu extremistischen Aktivitäten« getätigt zu haben, berichtet Fergana Agency. Bereits zuvor war gegen ihren Ehemann ein ähnliches Verfahren eröffnet worden. In einer Stellungnahme betonte Sarkorowa, dass sie keine Amnestie benötige, da sie nichts Illegales getan habe, sondern nur über Menschenrechtsverletzungen gegen die pamirischen Bewohner des Autonomen Gebietes Berg Badachschan (GBAO) berichtet habe.
07.02.2024	Oppositionelle beklagen zunehmende Abschiebungen von tadschikischen Regierungskritiker:innen aus Europa nach Tadschikistan, obwohl ihnen dort Haft und Folter drohen, berichtet der tadschikische Dienst von RFE/RL. Exemplarisch für die Abschiebewelle sei Bilol Kurbonalijew, Mitglied der in Tadschikistan verbotenen Oppositionsbewegung »Gruppe 24«, welcher im Vorjahr aus Deutschland nach Duschanbe abgeschoben wurde.
08.02.2024	Laut dem Leiter des Staatskomitees für Landmanagement und Geodäsie, Orif Khodschazoda, wurde im Jahr 2023 die Demarkierung von insgesamt 889,45 km der 987,6 km langen tadschikisch-kirgisischen Grenze abgeschlossen. Die genauen Details der vereinbarten Grenzabschnitte wurden jedoch nicht bekannt gegeben, da sich beide Parteien auf die Geheimhaltung der Vereinbarung bis zum Abschluss der Arbeiten geeinigt hätten.
15.02.2024	Innenminister Rahimow bezeichnete die Explosion des Dienstwagens des lokalen Parteivorsitzenden der Regierungspartei »Demokratischen Volkspartei Tadschikistans« am 05.01.2024 in Kulob als »terroristischen Akt«. Saywalizoda erlitt Verletzungen, überlebte jedoch den Anschlag. Unter Berufung auf eine anonyme Quelle berichtet RFE/RL, dass bei einer Hausdurchsuchung eines Beschuldigten IS-Propagandamaterialien gefunden wurden und der Anschlag vom IS-Ableger »Islamischer Staat Khorasan« beauftragt wurde.
15.02.2024	Entgegen früherer Berichte bestreitet Innenminister Rahimow das Vorhandensein einer Liste von LGBT-Personen, die angeblich von den Strafverfolgungsbehörden zusammengestellt wurde, berichtet RFE/RL. Sein Ministerium habe niemals solche Daten gesammelt. Obwohl homosexuelle Handlungen in Tadschikistan seit 1998 nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden, stehen Schwule und Lesben immer noch unter starkem gesellschaftlichem Druck. Es gibt Berichte über Erpressung und Misshandlung von LGBT-Personen durch Polizeibeamte.
16.02.2024	Das Innenministerium der Russischen Föderation hat die tadschikische Journalistin und ehemalige Mitarbeiterin des russischen BBC-Dienstes Anora Sarkorowa sowie ihren Ehemann, den Journalisten und Redakteur von Imruz Radio Rustam Joni (Dzhonieva), auf die Fahndungsliste gesetzt, berichtet RFE/RL (siehe hierzu auch die Meldung vom 05.02.2024).
16.02.2024	Die Generalstaatsanwaltschaft bestätigt den Tod einer Person, die im Zusammenhang mit der Entführung und Ermordung des Bankiers Ismatullojew festgenommen worden war. Der 44-jährige Parwiz Mustafokulow starb im Untersuchungsgefängnis an den Folgen einer Lungenentzündung. Insgesamt sind 18 Personen an diesem Fall beteiligt, von denen 14 inhaftiert sind. Ismatullojew war im Juli 2023 entführt und ermordet worden. Einer der Tatbeteiligten tötete bei seinem Fluchtversuch am Flughafen von Chisinau (Republik Moldau) zwei Grenzbeamte und erlag nach einem Schusswechsel mit Polizisten einer Schussverletzung.
19.02.2024	Der Gesundheitszustand der Menschenrechtsaktivistin und Journalistin Ulfathonim Mamadschojewa, die im Zusammenhang mit den Protesten in GBAO im Jahr 2022 zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, hat sich verschlechtert, berichtet u. a. die von Tadschikistan zur Fahndung ausgeschriebenen Journalistin Sarkorowa auf ihrem Telegram-Kanal. Demnach werde der 66-jährigen und an Bluthochdruck leidenden Mamadschojewa eine angemessene Behandlung in der Haft verwehrt.
21.02.2024	Präsident Emomali Rachmon wird in Kasan vom russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu einem Gespräch über die bilateralen Beziehungen empfangen. Einige russische Medien berichteten, dass das Treffen nur zwei Minuten dauerte. Präsident Rachmon wünschte Putin u. a. »Nerven aus Stahl«, vermutlich im Zusammenhang mit der bevorstehenden Präsidentschaftswahl.
22.02.2024	Laut einem Bericht der internationalen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) gehört Tadschikistan zu jenen 20 Staaten, welche systematisch Regierungskritiker:innen weltweit verfolgen würden. In den vergangenen zehn Jahren waren Dutzende politischer Gegner, Dissidenten, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten aus Tadschikistan grenzüberschreitender Repression ausgesetzt. Der Generalstaatsanwalt von Tadschikistan gab bekannt, dass im Jahr 2023 mehr als 200 Staatsbürger des Landes auf Ersuchen Tadschikistans aus dem Ausland ausgeliefert wurden, was eine Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Die meisten dieser Personen wurden wegen Terrorismus und Extremismus angeklagt, wobei Menschenrechtsaktivisten darauf hinweisen, dass diese Anklagen oft politisch motiviert seien und friedliche Oppositionelle betreffen.

22.02.2024	Das Swiss Institute for Global Affairs (SIGA) hat am 21. Februar Details über geheime Verhandlungen zwischen der tadschikischen Regierung und den Taliban enthüllt. Laut dem Bericht fungieren die Taliban auf Ersuchen Tadschikistans als Vermittler in den Gesprächen mit der Jamaat Ansarullah, einer bewaffneten dschihadistischen Gruppierung in Afghanistan, die den Sturz der tadschikischen Regierung verfolgt. Demnach fand das erste Treffen zwischen Vertretern der tadschikischen Regierung und den Taliban am 8. November 2023 statt, wobei sich demnach darauf geeinigt wurde, dass die Taliban bei der Organisation eines Treffens zwischen tadschikischen Vertretern und Ansarullah behilflich sein würden. Die Taliban lehnten jedoch die Auslieferung der Ansarullah-Mitglieder ab. Die tadschikische Regierung betrachtet die Taliban weiterhin als verbotene extremistische Organisation, erkennt ihre Herrschaft im Nachbarland nicht an und hält enge Beziehungen zu den Vertretern der ehemaligen Regierung Afghanistans aufrecht. Dennoch gibt es eine zunehmende bilaterale Zusammenarbeit, insbesondere mit Blick auf Stromexporte und die Wiedereröffnung von Grenzmärkten.
01.03.2024	Laut RFE/RL kommt es landesweit zu Stromausfällen und dem Ausfall des Mobilfunknetzes, inklusive Duschanbe.
08.03.2024	Die Stromversorgungssituation in Tadschikistan hat sich verschärft und Bewohner vieler Regionen des Landes berichten über erhebliche Einschränkungen. In der Nacht vom 7. auf den 8. März wurden viele Ortschaften nur zwei bis drei Stunden mit Strom versorgt, obgleich offizielle Pläne eine Versorgung von mindestens acht Stunden am Tag vorsahen.
11.03.2024	Präsident Rachmon erklärt, dass Muslime, die bereits an der Haddsch (Pilgerfahrt) teilgenommen haben, ihre Mittel besser für wohltätige Zwecke verwenden sollten, anstatt erneut an der Pilgerfahrt teilzunehmen. Er betonte, dass der Prophet die Pilgerreise ebenfalls nur einmal unternommen habe und es daher für Muslime Pflicht sei, dies ebenfalls nur einmal zu tun.
12.03.2024	Laut mehrerer internationaler Menschenrechtsgruppen ist Suhrob Zafar, der Anführer der in Tadschikistan verbotenen Oppositionsbewegung »Gruppe 24«, in Istanbul verschwunden.
13.03.2024	Kasachstan hat 15.000 Tonnen Heizöl als humanitäre Hilfe nach Tadschikistan entsandt, wie der Pressedienst der kasachstanischen diplomatischen Vertretung in Tadschikistan berichtet.
21.03.2024	In Krasnogorsk bei Moskau verüben vier aus Tadschikistan stammende Männer mit Sturmgewehren und Brandsätzen einen Anschlag auf die Crocus City Hall und töten 145 Menschen. Der Islamische Staat Khorasan (IS-K) bekennt sich zu dem Attentat.
23.03.2024	Das tadschikische Außenministerium fordert Medien auf, verantwortungsvoller mit Informationen über die mögliche Beteiligung tadschikischer Bürger am Terroranschlag auf die Crocus City Hall umzugehen, da keine offizielle Bestätigung vorliege. Sie warnten vor den Folgen unbestätigter Informationen für tadschikische Bürger im Ausland.
24.03.2024	Im Moskauer Bezirksgericht Basmany werden vier tadschikische Staatsbürger im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Crocus City Hall wegen des Verdachtes auf Terrorismus angeklagt. Die vier Männer zeigen Anzeichen von schwerer Folter, einem wurde offensichtlich sein Ohr abgeschnitten.
24.03.2024	Präsident Rahmon verurteilt in einem Telefongespräch mit Russlands Präsident Putin den Terroranschlag auf die Crocus City Hall und drückt sein Beileid gegenüber den Opfern und ihren Familien aus. Rahmon betonte die Solidarität Tadschikistans mit Russland und bekräftigt die Absicht, die Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus, Extremismus und religiösen Radikalismus fortzusetzen. Beide Staatsoberhäupter betonten die Bedeutung der verstärkten Koordination zwischen den Sicherheitsdiensten beider Länder, um gemeinsam auf diese Bedrohungen zu reagieren.
27.03.2024	In Moskau werden drei weitere tadschikische Staatsbürger (ein Vater und seine zwei Söhne) festgenommen, die den mutmaßlichen Attentätern der Crocus City Hall das Fluchtfahrzeug verkauft haben sollen.
28.03.2024	RFE/RL berichtet, dass der Bruder von Dalerdschon Mirzodjew, einem der vier mutmaßlichen Attentäter der Crocus City Hall, bereits 2016 verschwunden ist und sich damals vermutlich dem IS in Syrien angeschlossen hat, was Mirzodjews Familie jedoch bestreitet. Tadschikische Ermittler haben mehrere Verwandte von Mirzodjew, darunter seine Eltern, Ehefrau und Schwiegermutter, zu Vernehmungen vorgeladen.

Turkmenistan

05.02.2024	Bei einer gasleckbedingten Explosion in einem Café in Balkanabat (Gebiet Balkan) sterben zwei Kellnerinnen.
09.02.2024	Präsident Serdar Berdymuchamedow entlässt die Minister für Gesundheit und Medizinindustrie, Landwirtschaft, Bildung sowie Bau und Architektur und ernennt bis auf das Bildungsressort die bisherigen stellvertretenden Minister als neue Minister. Es wurden keine Gründe genannt.
10.02.2024	Während einer Ministerkabinettsitzung nennt Präsident S. Berdymuchamedow als Ziele seiner Wirtschaftspolitik u. a. eine Stabilisierung des Wirtschaftswachstums bei 6,3 %, die Schaffung von 3.000 Jobs durch die Gründung neuer Firmen und eine Erhöhung des Außenhandelsumsatzes auf 20,7 Mrd. US-Dollar.
11.02.2024	Außenminister Raschid Meredow wird in Abu Dhabi vom emiratischen Minister für Präsidenschaftsangelegenheiten, Mansour bin Zayed Al Nahyan, und dem emiratischen Energie- und Infrastrukturminister Suhail Al Mazroui zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Gas, Strom, erneuerbare Energien sowie Transport und Logistik empfangen. Laut TDH war das Ziel des Besuches auch »Wege zu finden die Stadt Arkadag weiter zu verbessern und zu modernisieren.«
12.02.2024	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL hat sich der Preis für Brot in staatlichen Lebensmittelgeschäften schlagartig von einem Manat (0,29 US-Dollar) auf 3,5 Manat (ein US-Dollar) verdreifacht.
14.02.2024	Präsident S. Berdymuchamedow ernennt den bisherigen stellvertretenden Staatsanwalt des Gebietes Ahal, Nedirguly Allanasaraow, zum neuen Staatsanwalt von Aschgabat.
14.02.2024	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL führt die Polizei in Balkanabat und Turkmenbaschy (beide Gebiet Balkan) Razzien an Schulen durch, bei denen Schülerinnen der Jahrgangsstufen neun bis 11 zu gynäkologischen »Jungfräulichkeitstests« genötigt werden. Demnach erstellt die Polizei Listen von Schülerinnen, die sexuelle Beziehungen haben sollen, und überprüft ihre Handys um mögliche Sexualpartner ausfindig zu machen.
18.02.2024	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL werden überall in Aschgabat Sitzbänke aus den Innenhöfen von Wohnblöcken entfernt. Laut einem von RFE/RL befragten Stadtarbeiter sollen dadurch größere Menschenansammlungen verhindert werden.
22.02.2024	Der Nationalführer und Volksratsvorsitzende Gurbanguly Berdymuchamedow empfängt den emiratischen Minister für Präsidenschaftsangelegenheiten, Mansour bin Zayed Al Nahyan, am Flughafen in Aschgabat zu einem kurzen Gespräch, wobei G. Berdymuchamedow sein Interesse »an einer umfassenden Vertiefung der multidimensionalen Zusammenarbeit mit den Staaten des Nahen Ostens, vor allem mit den VAE«, äußert.
26.02.2024	Für dessen »Verdienste bei der Stärkung der Freundschaftsbande zwischen Turkmenistan und der Republik Türkei« verleiht Präsident S. Berdymuchamedow seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan per Dekret den Titel »Ehrenwerter Ältester Turkmenistans«.
26.02.2024	Außenminister Meredow empfängt seinen Taliban-»Amtskollegen« Amir Khan Muttaqi in Aschgabat zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit. Muttaqi bittet die turkmenische Seite u. a. um eine Erhöhung der Strom- und Gasexporte in die afghanische Provinz Herat und eine Erhöhung der Anzahl an Stipendien für afghanische Studenten in Turkmenistan. Meredow äußert diesen Bitten stattgeben zu wollen. Weitere Gesprächspunkte betreffen Möglichkeiten zur Erhöhung des bilateralen Handels und Potenziale für eine intensivere Nutzung des Lapis-Lazuli-Transitkorridors zwischen der Türkei, Georgien, Aserbaidschan, Turkmenistan und Afghanistan. Beide Seiten einigen sich darauf, die Eisenbahnlinie von der afghanischen Stadt Andchoi via Kerki (Gebiet Lebap) mit der transkaspischen Eisenbahn und damit der turkmenischen Hafenstadt Turkmenbaschy zu verbinden.
01.03.2024	Der Nationalführer und Volksratsvorsitzende G. Berdymuchamedow wird am Rande des Antalya Diplomacy Forum vom türkischen Präsidenten Erdoğan zu einem Gespräch empfangen, wobei beide Seiten ihre Zufriedenheit über das »hohe Niveau« der bilateralen Zusammenarbeit ausdrücken. Beide unterzeichnen ein Übereinkommen über die Belieferung der Türkei mit turkmenischem Erdgas zur Weiterleitung nach Europa. G. Berdymuchamedow bringt die Bereitschaft Turkmenistans zum Ausdruck, noch im laufenden Jahr der Organisation der Turkstaaten beizutreten.
03.03.2024	In Aschgabat beginnt unter Teilnahme von 26 afghanischen Unternehmen das turkmenisch-afghanische Wirtschaftsforum. Im Jahr 2023 lag das bilaterale Handelsvolumen zwischen Turkmenistan und Afghanistan bei 457 Mio. US-Dollar.
05.03.2024	Am Ende des turkmenisch-afghanischen Wirtschaftsforums in Aschgabat führen Außenminister Meredow und der Taliban-»Minister« für Industrie und Handel, Nuruddin Azizi, Gespräche über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft und geplanten Infrastrukturen wie der Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien-Gaspipeline (TAPI) und der geplanten Hochspannungsleitung Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan (TAP). Azizi betont, dass Afghanistan grenzüberschreitende Wasserressourcen »auf Basis geteilter Rechte mit den Nachbarländern, vor allem Turkmenistan, nutzen wird.«

05.03.2024	In Aschgabat findet ein regionales Treffen zwischen Vertretern der zentralasiatischen Staaten und der OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid über Fragen der Zusammenarbeit zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels statt. Menschenrechtsgruppen haben Schmid im Vorfeld des Treffens aufgerufen, einen Ausbau der Zusammenarbeit mit Turkmenistan in Fragen des Klimawandels an eine Verbesserung der Menschenrechtssituation im Land zu knüpfen.
08.03.2024	Turkmengaz erteilt der britischen Öl- und Gasfirma Petrofac einen dreijährigen Auftrag im Wert von 200 Mio. US-Dollar für die Unterstützung beim Betrieb des Galkynysch-Gasfeldes (Gebiet Mary).
13.03.2024	Laut Chronika Turkmenistana wurde Partscha Jasmuchammedowa am Flughafen Aschgabat von Grenzbeamten die Ausreise für einen Besuch von Verwandten in Deutschland verweigert. Demnach steht ihr Name auf einer Liste von Personen, denen die Ausreise verboten ist. Jasmuchammedowa ist die Mutter von Rowschen Jasmuchammedow, der früher für den turkmenischen Dienst von RFE/RL gearbeitet hat und bereits 2013 für die Veröffentlichung kritischer Artikel für zwei Wochen in Haft war.
18.03.2024	Außenminister Meredow nimmt in Brüssel an einer Gesprächsrunde des Europe Institute for Asian Studies zum Thema »Turkmenistan & the EU: Forging New Economic Partnerships« teil, wobei die strategische Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Turkmenistan und der EU für die interregionale Zusammenarbeit im Fokus stand.
20.03.2024	Außenminister Meredow wird in Rom vom stellvertretenden italienischen Außenminister Antonio Tajani zu bilateralen Gesprächen über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Energie und Kultur empfangen. Die Gespräche enden mit der gemeinsamen Unterzeichnung eines bilateralen »Basiskooperationsabkommens«, das u. a. italienische technische Unterstützung für Turkmenistan im Rahmen der UN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) regelt.
30.03.2024	Präsident S. Berdymuchamedow empfängt den iranischen Außenminister Hossein Amirabdollahian in Aschgabat zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Energie und »gemeinsame Anstrengungen für Frieden in Afghanistan.« Laut S. Berdymuchamedow stellen »die brüderlichen Interaktionen zwischen den beiden Ländern ein Symbol freundschaftlicher Beziehungen in der Region dar.« Details sind nicht bekannt.

Usbekistan

05.02.2024	Laut dem usbekischen Dienst von RFE/RL plant Usbekistan eine Steigerung der Agrarexporte auf 3,5 Mrd. US-Dollar.
05.02.2024	Das Strafgericht des Bezirks Karschi gibt dem Antrag des Bloggers Otabek Sattorij statt und wandelt dessen Haftstrafe in eine »Besserungsarbeitsstrafe« um. Sattorij wurde nach kritischen Berichten über lokale Behörden 2021 festgenommen und zu drei Jahren Haft verurteilt.
07.02.2024	Präsident Schawkat Mirsijojew kündigt an, ein landesweites Netzwerk von Ladestationen für Elektrofahrzeuge aufzubauen, berichtet Fergana Agency.
09.02.2024	Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko wird in Taschkent von Präsident Mirsijojew empfangen, wobei beide Seiten den Aufbau einer gemeinschaftlichen pharmazeutischen Produktionsinfrastruktur beschließen. Der bilaterale Handelsumsatz stieg letztes Jahr um 15 % auf über 565 Millionen US-Dollar, Ziel ist in den kommenden Jahren auf über eine Milliarde US-Dollar zu kommen.
09.02.2024	Laut Fergana Agency lag das durchschnittliche Monatsgehalt 2023 bei umgerechnet 365 US-Dollar, 17,2 % mehr als im Vorjahr. Die höchsten monatlichen Durchschnittsgehälter verzeichnet Taschkent mit umgerechnet ca. 600 US-Dollar, am niedrigsten im Gebiet Namangan mit umgerechnet ca. 264 US-Dollar.
20.02.2024	Auf der Baustelle der Kupferverarbeitungsanlage des Almalyk Mining and Metallurgical Complex (AMMC) in der Nähe von Taschkent kommen nach dem Einsturz eines Vordachs drei indische Arbeiter ums Leben, 29 weitere werden verletzt.
21.02.2024	Präsident Mirsijojew nimmt in Kasan (Russland) an den »Games of the Future 2024« teil. Am Rande der Spiele führt Mirsijojew ein bilaterales Gespräch mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin über die bilateralen Beziehungen. Mit Blick auf die bevorstehende russische Präsidentschaftswahl äußert Mirsijojew, er sei sich sicher, dass Putin wiedergewählt werde.
22.02.2024	An der usbekisch-afghanischen Grenze beginnen 120 Arbeiter mit der Wiederinstandsetzung der 75 km langen Eisenbahnstrecke zwischen Hairaton (afghanischer Grenzort nahe Termez, Gebiet Surchandarjo) und Mazar-e Scharif, wobei Usbekistan 50 % der Reparaturkosten übernimmt.
01.03.2024	Im Rahmen eines regionalen Programms zur Entwicklung des Tourismus startet das Gebiet Choresm ein Sondervisum für ausländische Touristen.
08.03.2024	35 usbekische Migrant:innen haben in den USA Klage gegen die US-Regierung erhoben, der sie eine diskriminierende Politik gegenüber usbekischen Migrant:innen vorwerfen, da diese im Vergleich zu anderen Migrantengruppen anders behandelt würden, berichtet Fergana Agency. Laut dem Transaction Records Analysis Center (TRAC) warten derzeit ca. 40.000 zentralasiatische Staatsbürger:innen in den USA auf ihren Asylprozess, die meisten davon usbekische Staatsbürger.
05.03.2024	Anwälte des Bloggers Chaidarow klagen vor dem regionalen Strafgericht Fergana gegen dessen Verurteilung wegen Verleumdung, Beleidigung und Erpressung, nachdem im Prozess Verfahrensfehler aufgetreten sein sollen. Das Gericht gibt dem Antrag statt. Der Blogger Chaidarow hat in seinen Beiträgen u. a. Korruption aufgedeckt. Nachdem er zu einer achtjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, wurden sämtliche Webauftritte von ihm gelöscht bzw. gesperrt. Human Rights Watch (HRW) und andere internationale Menschenrechtsgruppen hatten seine Inhaftierung scharf kritisiert.
05.03.2024	Chaidarow, ehemaliger Bürgermeister von Andischan (2019–2022), verstirbt während seiner Haft, meldet UzNews.uz. Er wurde im Dezember 2022 zu zehn Jahren Haft verurteilt, nachdem er umgerechnet 5,7 Mio. US-Dollar veruntreut haben soll.
07.03.2024	Die saudische ACWA Power wird in Buchara und der Republik Karakalpakstan Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 800 MW errichten. Die Investitionssumme beläuft sich auf 1,09 Mio. US-Dollar.
11.03.2024	Für den Bau eines Tourismuszentrums in Buchara begannen Behörden Ende Februar mit dem Abriss von historischen sowie nicht-historischen Gebäuden, darunter ein erst kürzlich saniertes Sportzentrum sowie eine Kunstschule. Laut RFE/RL ist es in diesem Zusammenhang zu Repressalien gegenüber Bloggern gekommen, welche die Abrissarbeiten kritisiert haben. Die UNESCO hat ihre Besorgnis über die Zerstörungen geäußert und an die usbekischen Behörden appelliert, die Situation zu klären und die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zum Schutz des Weltkulturerbes einzuhalten. Laut Aktivisten riskiert der Bau des Touristenzentrums nicht nur den historischen Stadtkern von Buchara, sondern auch den Ausschluss Bucharas von der Liste des Weltkulturerbes.
14.03.2024	Präsident Mirsijojew kündigt die Absetzung des Verwaltungsleiters (Hokim) vom Bezirk Saijchunabad (Gebiet Sirdarjio) sowie von dessen Stellvertretern an. Demnach sei es dem Hokim nicht gelungen, Arbeitsplätze zu schaffen und die wirtschaftliche Entwicklung der Region voranzutreiben.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schmidt
Lektorat: Rostam Onori
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin
Prof. Dr. Martin Petrick, Justus-Liebig-Universität Gießen

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2024 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20
e-mail: richard.schmidt@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>